

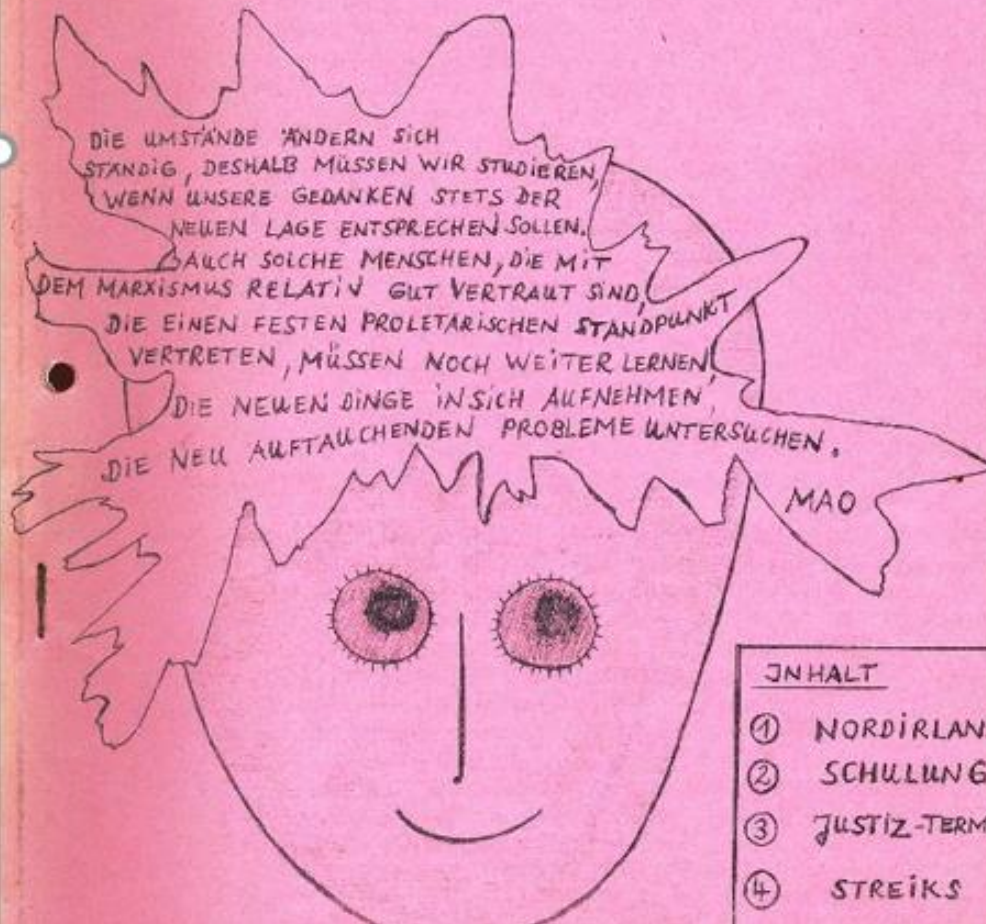
# APO PRESS

## INFORMATIONSBLATT DER STUDENTEN SCHÜLER UND ARBEITER IN HAMBURG

Herausgeber : SDS HA. HAMBURG . Verantwortlich : Kommune Annenstraße. Redaktion und Verlag:  
Hamburg 4 , Annenstraße 32 , Tel. : 31 28 65  
Erscheint alle vierzehn Tage montags. Abonnement : bei Zustellung per Post halbjährlich DM 8.-  
im voraus zu zahlen auf das Postscheckkonto Hamburg, M. Deter 22 9332

MONTAG den ~~27.7.69~~ 15.10.69 Nr. 18

Einzelpreis : DM 0.50



### INHALT

- |   |                |         |
|---|----------------|---------|
| ① | NORDIRLAND     | S. 2    |
| ② | SCHULUNG       | S. 5-14 |
| ③ | JUSTIZ-TERMINE | S. 10   |
| ④ | STREIKS        | S. 15   |

## Die Auseinandersetzungen in Nordirland - RELIGIONSKRIEG ODER KLASSENKAMPF ?

Die deutsche Presse in ihrer Berichterstattung über die Ereignisse in Nordirland scheint darüber einig zu sein, daß es hier um eine fast prähistorische Erscheinung geht - um einen Glaubenskrieg. Man schildert die Unruhen als einen Bürgerkrieg in dem die Bevölkerung gemäß ihrer Glaubensbekenntnisse in zwei Lager geteilt werden: pro- und antibritisch. Solche Arten von Konflikten haben die Deutschen schon lange hinter sich - soll der Leser glauben - aber die Iren - die komische Volk - leben anscheinend immer noch im Mittelalter.

Diese Verschleierung der klassenkämpferischen Aspekte des Konflikts ist nicht zufällig. Sie verhindert eine Solidarisierung der Abhängigen und sichert die weitere Einfuhr von investitionskapital, auf das die herrschende Clique in Nordirland (NI) angewiesen ist.

Bei alledem erfüllt die Religion eine bestimmte Rolle, da die Herrschenden in NI direkt von der Aufrechterhaltung der Religiosität abhängig sind. Doch nicht nur die Machthaber auch die katholische Kirche hat Interesse die Bevölkerung nach der Religion zu teilen, da sie durch die Entwicklung eines proletarischen Bewußtseins zur Bedeutungslosigkeit verurteilt würde.

### Acht Jahrhunderte der Ausbeutung

Ab dem 15. Jh. wurde Irland von England restlos ausgebeutet: Die Geschichte dieses Landes ist seit fast 800 Jahren die Geschichte eines Kampfs gegen den britischen Imperialismus. Im frühen 17. Jh. wurden die Wurzeln des heutigen Konflikts in NI schon festgelegt. Im Süden des Landes ging das Land - das vorher kommunal von den Iren verarbeitet wurde - in den Besitz englischer Großgrundbesitzer über. In NI aber wurde eine andere Politik verfolgt - die Iren sind wie im Süden blutig ausgetrieben worden, aber das Land wurde dann in kleine Parzellen aufgeteilt und schottischen Kleinbauern übergeben. Die Städte wurden von englischen "merchants" übernommen. In Südirland wurden die Iren von wenigen Großgrundbesitzern unterdrückt - im Norden dagegen ist es den Iren gelungen, z. T. kleine Grundstücke zu erwerben und daher eine Bedrohung für die schottischen Kleinbauern zu werden.

Nach der Besiedlung im 15. Jh. vertieften sich die Gegensätze zwischen Nord- und Südirland. Die größeren Städte im Norden wurden hauptsächlich von Protestanten besiedelt - die Industrien, die dort gegründet wurden, wurden mit britischem Kapital finanziert. Versuche, Industrien im Süden anzusiedeln, wurden systematisch zerstört, da sie hier ja Konkurrenz für England bedeutet hätte. Die Industrien im Norden - direkt unterstützt vom englischen Kapital - durften weiterexistieren.

In bezug auf Landbesitz war die Situation auch unterschiedlich. Der Bauer im Süden durfte kein Land besitzen. Weil dadurch jede Verbesserung des Besitzes Miet- bzw. Pachterhöhung nach sich zog, verloren die Verbesserungen für die Einheimischen an Reiz. So verkam das Land.

Große Hungersnöte 1817, 1821, 1826 und 1848 reduzierte die Bevölkerung. Dazu kam die steigende Auswanderungsquote. Die Bevölkerung sank von 8 auf 4 Millionen.

Der Kleinbauer im Norden war ziemlich wohlhabend. Er durfte Land besitzen und konnte es verbessern. Daher fand die Unabhängigkeitsbewegung keinen großen Anklang im Norden. Die südliche Kleinbourgeoisie dagegen wußte, daß sie sich unter englischer Herrschaft nie würde voll entwickeln können: Unabhängigkeit bedeutete für sie die Möglichkeit, ihren eigenen Kapitalismus als Grundlage der irischen Ökonomie aufzubauen. Nur durch Unabhängigkeit von England konnten Zollschranken gegen den englischen Kapitalismus aufgebaut werden.

Für die Kapitalisten von Ulster, deren Textilfabriken und Werften vollständig vom britischen Markt abhängen, wäre die Unabhängigkeit eine Katastrophe geworden. Die Entschlossenheit der nordirischen Bourgeoisie, ihren eigenen Staat zu gründen, die Unterstützung durch die britischen Verbündeten sowie die Unfähigkeit der irischen Bourgeoisie, der Spaltung entgegenzutreten, führten zu der Entstehung des heutigen Staats Nordirland.

## DISKRIMINIERUNG IN NORDIRLAND

Die Bevölkerung in NI ist 35 % katholisch und (zeigt die Tendenz sich in bestimmten Gebieten zu konzentrieren) wird teilweise in bestimmten Gebieten konzentriert. In Derry sind mehr Katholiken als Protestanten, aber nach dem Gemeindewahlrecht haben die Unionists eine Mehrheit im Gemeinderat. Stimmberechtigt ist nur derjenige, der den Nachweis einer eigenen Wohnung oder eines eigenen Hauses bringen kann: die Politik der Unionists verhinderte aber, daß die katholische Arbeiterklasse Häuser bekommt. Dungannon, eine Stadt mit einem katholischen Anteil von 50% verteilt die Sozialwohnungen seit 1945 derart, daß katholische Familien 45, protestantische Familien 207 Häuser bekamen. Begüterte Bürger Nordirlands konnten dadurch bis zu 40 Stimmen auf sich vereinigen - 240 000 Bürger, meistens Katholiken, also Proletarier haben kein Stimmrecht.

In Derry sehen die Kommunalwahlen so aus:

	<u>Anti-Unionist</u>	<u>Unionist</u>
Stimmen	20 000	10 000
Sitze	8	12
% der Stimmen	40	60
% der Gesamtwahlbeteiligung	66	34

Arbeitslosigkeit in NI ist sehr hoch: Sie liegt bei 8,5%. Interessant ist, wie sich die Arbeitslosigkeit verteilt: Belfast (P) 5%, Derry (K) 12,7%, Lisbury (P) 4,2% Newry (K) 14,5%. Die Arbeitslosigkeit ist also in katholischen Gebieten ebenfalls sehr hoch. Dadurch wird der höhere Geburtenzuwachs der katholischen Arbeiterklasse neutralisiert.

### DIE R U C (nordirische Polizei)

Die RUC ist eine Truppe von 3000 Mann. Davon sind 300 katholisch. Die regulären Truppen der RUC leben in Baracken, fahren gepanzerte Einsatzwagen und Wasserwerfer und sind mit Schußwaffen ausgerüstet. Sie werden von der katholischen Arbeiterschaft mehr gehaßt als gefürchtet, und erlebten ihre bis jetzt größte Niederlage im August, als nach der "Battle of Bogside" ihre Einsatzstärke um 400 Mann vermindert wurde.

Diese Truppe kann jederzeit durch 9000 B-Specials verstärkt werden. Jedes Mitglied ist mit Pistole und MG ausgerüstet und darf seine Waffen nach Dienst mit nach Hause nehmen. Die Mitglieder kriegen für bestimmte Güter ermäßigte Preise. Sie dürfen automatische Waffen ebenfalls zu reduzierten Preisen erwerben. Es besteht kein Hindernis, diese Waffen weiterzugeben. Die Mitglieder sind auch hier fast ausschließlich protestantisch. Das Special Powers Act garantiert der Polizei uneingeschränkten Einsatz. Sie umfaßt Möglichkeiten für Verhaftungen ohne Haftbefehl, Schnellgerichtsverfahren, Prügelstrafe, Verbot von Versammlungen und Organisationen ohne Gründe.

Ein südafrikanischer Richter bemerkte dazu, er würde das ganze südafrikanische Notstandsgesetz gegen einen Paragraphen des NI Special Powers Act eintauschen.

### ABLAUF DER KRISE

Die Civil Rights Association ist 1967 gegründet worden. Nach der Civil Rights Demonstration am 5. 10. 68 verwandelte sie sich aus einer kleinen pressure group in eine Massenbewegung. Die Demonstration vom 5. 10., an der fast 3000 Leute teilgenommen hatten, wurde von der RUC brutal aufgelöst.

Die nordirische Regierung wußte nicht wie sie mit dieser neuen Bewegung umgehen sollte. Ian Paisley aber und seine Gruppe (eine rechtsradikale Abspaltung von der Union) sahen in der CRA eine große Bedrohung. Die Anhänger Paisleys betrachteten sie als Existenzbedrohung, da für die jüngeren protestantischen Arbeiter die Gleichberechtigung der katholischen Arbeiter ein Ende ihrer privilegierten Stellung am Arbeitsmarkt bedeutet hätte. Und dafür die kleinen Unternehmer ein Ende der Begünstigungen gekommen wär, die sie ständig von den Verwaltung erhielten. Nach der blutigen Demonstration vom 5. 10. bildete sich eine

kleine Gruppe (Peoples Democracy - PD).

Die PD verstand sich nicht als Gruppe für die Er kämpfung der Gleichberechtigung, sondern als sozialistische Bewegung, die die Streitigkeiten in NI nicht mehr nur als religiöse Auseinandersetzung, sondern als Klassenkampf verstand. Eine große Solidarisierung des katholischen Proletariats mit der PD erfolgte, und die erfolgreiche Besetzung und Verteidigung von Bogside im Januar, April und August zeigten, daß man von einem abstrakten Kampf für die Bürgerrechte zur Verwirklichung der Selbstverwaltung in Teilbereichen des täglichen Lebens übergegangen ist.

Das zentrale Problem bleibt aber, die Religionsschranken zu überwinden. Die Spaltung der Massen in Ulster ist so erfdreich für die Herrschenden geworden, daß die protestantische Arbeiterklasse die PD als Existenzbedrohung ansieht. Die Propaganda der Herrschenden zielt aber gerade darauf ab und deshalb werden Extremisten wie Paisley gestudert.

Die eindeutige Unfähigkeit der Regierung von NI, mit der Lage fertig zu werden, hat die englische Regierung gezwungen, Truppen zu schicken und die Regierung von NI zu Reformplänen zu zwingen.

Es wird aber weitgehend anerkannt, daß es jetzt zu spät für Reformen ist: die gegenwärtige Ruhepause wird entweder in einem blutigen Massaker der Katholiken enden oder die Macht der Herrschenden wird gebrochen werden.

### DIE SCHLACHT UM BOGSIDE

Bogside, das katholische Viertel Derrys ist ungefähr so groß wie die Kieler Innenstadt. Hier wohnen die meisten Katholiken Derrys in einer dorfähnlichen Atmosphäre. Bogside's sind durch ihre besondere Aussprache gleich erkennbar und in den Kneipen und Straßen fallen Außenseiter sofort auf. Die Protestanten von Derry vermieden es, Bogside zu betreten. Heute betritt auch die Polizei Bogside nicht mehr. (Schon vorher wagten sie nur mit 5 oder mehr zu patroulieren)

Die Verteidigung Bogside's im August war daher durch ein hohes Maß an Solidarität unter den Bewohnern gekennzeichnet. Nicht nur ihre Solidarität, sondern auch ihr Haß auf die RUC und B-Specials kennzeichnet ihren Widerstand, der endgültig mit einer allumfassenden Niederlage der RUC und den Einsätzen englischer Truppen endete.

Drei Faktoren machten die Lage für die Bogside's besonders günstig: Erstens, die Solidarität. Die Molotov-Coctails wurden von Frauen und älteren, nicht mehr strassenkampffähigen Männern hergestellt. Kinder trugen sie in Kisten zu den Barrikaden. Jüngere Frauen und Mädchen machten Küchendienst und waren als Krankenschwestern tätig.

Zweitens, die Umgebung. Die Straße, die in Bogside hineingeht, wird durch drei große Wohnblocks beendet. Auf den Dächern waren Wachen. Von hier aus konnten Angriffe der Polizei schon vorher erkannt und die Leute an den Barrikaden über Sprechanfunk unterrichtet werden.

Drittens, die Massenproduktion von Molotov-Coctails. Diese Mollies zeigten sich besonders wirksam. Sie bestanden aus drei Teilen Benzin, einem Teil Öl und einer kleinen Portion Waschmittel. Die Einsatzweite konnte erheblich erweitert werden. Die Genossen hatten die Flaschen an Bindfaden gebunden und vergrößerten so nach einigen Schwingungen die Reichweite bis zu 20 m. Beim Aufprall erzeugen sie eine Stichflamme, verbreiten den Brand äußerst schnell und sind deshalb schwierig zu löschen.

### EINIGES ÜBER BELFAST

Die Katholiken von Belfast leben in Siedlungen, die meistens sehr schwer zu verteidigen sind und die weit voneinander entfernt liegen. Die Auseinandersetzungen erforderten hier 8 Tote. Außerdem 400 Häuser - fast ausschließlich die von Katholiken - niedergebrannt.

### DIE ZUKUNFT IST UNDRUCHSICHTIG - DAS KÄMPFENDE PROLETARIAT KANN SEINE AUFGABEN LÖSEN

In anbetracht der Tatsache, daß die Ruhepause nur von kurzer Zeit sein wird, ist es berechtigt zu fragen, was geschehen könnte. Eins scheint klar zu sein: es wird mehr blutige

Auseinandersetzungen geben und die meisten Opfer werden auf Katholischer Seite sein. Die PD ist sich dieser Tatsache völlig bewußt und richtet ihre Pläne darauf aus, den Konflikt auf das ganze Land auszudehnen. Schwerpunkt wird Derry bleiben, weil - wie oben erwähnt - Derry am besten zu verteidigen ist. Truppen der süd-irischen Armee stehen an der Grenze, 10 km von Derry entfernt. Nach der Krise mußte die irische Regierung die Armee mobilisieren und 6000 Mann an der Grenze stationieren. (Normalerweise sind hier keine Truppen - der nächste Stationierungspunkt liegt in Mullingar, 100 km von der Grenze entfernt). Diese Truppen, insbesondere die um Derry liegenden, hatten ständigen Kontakt mit der PD und dem Derry citizen Action Committee. Die Bobsiders sind schon mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet, die aus dem Lager der irischen Armee "verschwunden" sind. Falls es zu neuen Auseinandersetzungen in Derry kommt, kann sich die irische Regierung durchaus nicht darauf verlassen, daß diese Truppen dann die Grenzen nicht überschreiten werden. Diese Tatsache könnte durchaus positive Auswirkungen haben, wenn es nämlich zu einer wirklichen Verbindung zwischen kämpfendem Proletariat und der Armee kommt. Dies ist durch langfristige, marxistische Agitation vorbereitet worden. Außerdem ist geplant, englisch kontrollierte Banken und Fabriken in Irland zu besetzen. Eventuell werden auch die irischen Arbeiter in England eine Reihe Solidaritätsstreiks durchführen. Im ganzen bleibt der Verlauf in der nächsten Phase unbestimmt. Dies hängt eben von der Beantwortung verschiedener Fragen ab: Wie wird sich die süd-irische Armee verhalten? Was für eine Wirkung wird der Appell an die Arbeiter in Irland und England haben? Heute lassen sich diese Fragen noch nicht beantworten. Der allein zu kalkulierende Faktor ist der Mut und die zähe Kampfbereitschaft der nord-irischen Genossen. Der Kampf in NI geht einer neuen, höheren Phase entgegen.

ES LEBE DER ANTIKAPITALISTISCHE UND ANTIIMPERIALISTISCHE KAMPF DES  
NORDIRISCHEN PROLETARIATS !

SDS-Kiel (Jim Smith)

#### GEGEN DIE LINKSRADIKALE PHRASE, GEGEN DEN LINKSRADIKALEN KURZSCHLUSS ! ( Kritik der beiden ISI-Stellungnahmen)

Die Schulungsdiskussion in der letzten APO-PRESS-Nummer ist schon deshalb wichtig, weil sie formellere Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen einleitet. Die allmähliche Ausbildung formeller Beziehung ist eine notwendige Vorbedingung für jede sozialistische Bewegung, die über das Zirkelwesen uns über die Unverbindlichkeit informeller Diskussionen hinauskommen will.

Die Redaktion liegt falsch, wenn sie glaubt, daß die Schulungsdiskussion ein Scheingefecht auf der Ebene des Seminar-Marxismus sei. In der Auseinandersetzung um Grundbegriffe wie "Organisation des Proletariats", "Wertgesetz", "Wissenschaft als Produktivkraft" spiegeln und verankern sich theoretisch die differenten strategischen Ansätze und politischen Arbeitsrichtungen der verschiedenen Gruppen. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ist die klare Herausstellung der (auch nur vermeintlichen) ideologischen Verschiedenheiten Voraussetzung für ihre Vermittlung.

Die ideologische Auseinandersetzung fordert von den beteiligten Gruppen eine ressentimentfreie Rationalität und die Bereitschaft zur Selbstkritik, die bei den emotionalen Diskussionen der letzten Monate und der folgenden weniger politisch als sozialpsychologisch begründeten Fraktionierung leicht verlorengehen konnte. Das Papier der Agitprop-Gruppe sah in der Schulung ein Mittel, "die gerade aus einem Mangel an durchreflektierten Orientierungswissen bezogene elitäre Attitüde vieler SDS-Genossen abzubauen."

Da ist es natürlich besonders fatal, wenn jetzt die mit der Schulung betraute ISI-Gruppe in ihren ersten beiden Stellungnahmen die Oberlehrer-Attitüde probt. Es hat den Anschein, als wollten die Genossen Oberlehrer vom ISI die gründliche Auseinandersetzung nicht, sondern nur das letzte Wort: weshalb sonst dieses Gemisch von legislatorischem Stil und unreflektierter Phase, von Oberlehrer-Strenge und linksradikaler Caprice, weshalb die Verweigerung der Diskussion?

Weil die grassierende linke Arroganz als typische Intelligenzlerhaltung des Subjektivismus, die unpolitische Fraktionsmacherei, die Abkapselung und das Ressentiment fördern, muß sie beharrlich kritisiert und bekämpft werden. Dies vorweg zum Stil der ISI-Stellungnahmen.

Jetzt zu den wichtigsten Punkten der beiden Stellungnahmen :

1. Schulungsbegriff - Man muß die Schulung als spezielle Funktion einer sozialistischen Organisation begrifflich trennen von der Forschung, der Erarbeitung konkreter Analysen, dem strategischen Entwurf und schließlich auch der praktischen Erfahrung. Wer von der Schulung Wirkungen (Lernprozesse) erwartet, die allein die Erfahrung des Klassenkampfes erbringen kann, reproduziert eine typische Verwechslung des Linksradikalismus. (Lenin, Der linke Radikalismus...; vgl. Agitprop Nr. 6, 3. 10).

Das ISI hat seinen Schulungsbegriff noch nicht präzisiert. Die Gruppe Agitprop hat ihren Schulungsbegriff mit Absicht klar abgegrenzt, um dem Schulungszirkulismus entgegenzutreten und für die praktische Schulungsdebatte einen anwendbaren Begriff zu liefern. Die autoritative Komponente des Schulungsbegriffs mag dabei eine kritische sozialpsychologische Reflexion des Prozesses veranlassen, der sich jetzt vor unseren Augen abspielt, daß sich nämlich viele Genossen aus der akuten organisatorischen Identitätskrise der antikapitalistischen Bewegung in die Schützenden Arme von Vater Marx zu retten versuchen.

Das autoritative Moment des Schulungsbegriffs provoziert natürlich antiautoritäres Bewußtsein. Und seine präzisere Fassung provoziert Empörung bei jenen Genossen, für deren politisches Selbstbewußtsein ein emphatischer Begriff von Schulung unentbehrlich ist. Die Empörung des ISI, wie verständlich sie auch sei, schlägt auf das ISI zurück: Der Schulungsbegriff der Agitprop-Gruppe bringt nur - in durchaus entgegenkommender Weise - die Schulungspraxis des ISI auf den Begriff. Die emphatische Selbstkritik des ISI wird aber die Einsicht nicht verhindern, daß wir wie die Genossen vom ISI eine gemeinsame Klippschulung in der Kritik der bürgerlichen Ökonomie dringend nötig haben. (vgl. 3).

2. Organisation - Mit welcher Entschlossenheit das ISI die Schulung an die Stelle der Organisation setzt, demonstriert es im Fortgang seiner Stellungnahme. Das Die Agitprop-Gruppe hatte von der Notwendigkeit einer selbstständigen politischen Organisation des Proletariats gesprochen, die allein die in Schulungsfunktionen eingesetzte Intelligenz kontrollieren und funktionalisieren könnte. ISI antwortet: "Agitprop zeigt sich ahnungslos, was die wirkliche Organisation des Proletariats betrifft. Das ist nämlich die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit selbst..." (Neben der trafeunionistischen und der politischen gibts jetzt auch eine wirkliche Organisation des Proletariats!)

Diese Verwechslung der politischen Organisation des Proletariats mit der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist nun nicht einmal mehr ökonomistisch, sie impliziert schlicht die Ersetzung des Klassenkampfes durch die "Technische Revolution". Und dieser Gelchsetzung folgt denn ja auch wörtlich in einer Wendung ("auf revolutionärer, d.h. technologischer Grundlage"), die originell sein will, doch wörtlich genommen doch nur die gehätschelte Lieblingsidee des technokratischen Revisionismus wiederholt, daß nämlich in Westeuropa die sozialistische Revolution durch die "zweite industrielle Revolution" zu ersetzen sei.

Das Zusammenwerfen von politischer Organisation und Arbeitsorganisation, der Kurzschluß, aus dem "Überfluß an Organisation unter kapitalistischer Leitung" die Überflüssigkeit einer proletarischen Organisation für den Klassenkampf herzuleiten, ist nur als verantwortungslose Begriffsschlamperei zu bezeichnen. Der linksradikale Zweck dieser Schlamperei ist allerdings klar: die Ersetzung der Organisation des Proletariats und des Parteibegriffs durch die Schulung! "Um die Despotie der Kapitalverwertung brechen und die Diktatur des Proletariats ~~herz~~ erreichen zu können, bedürfen die Industriearbeiter einiger EXtra-Qualifikation (!!); deren Vermittlung ist die Schulung."

Wie schustermäßig das ISI die marxistisch-leninistischen Autoritäten auf seine Leitenden schlägt, zeigt die Verwendung eines abgebrochenen Lenin-Zitats: "Die umfassende revolutionäre Organisation des Proletariats... fällt nicht vom Himmel und entsteht nicht aus frommen Wünschen, sie erwächst aus den materiellen Bedingungen der Großproduktion und nur aus ihnen" (Lenin, Die große Initiative). Hier ist dem ISI das Kunststück gelungen, bei der Wiedergabe eines Zitats gleich drei faustdicke Fehler zu machen: das ISI verwechselt die kommunistische Arbeitsdisziplin, die das Subjekt des Leninschen Satzes ist, mit der umfassenden "revolutionären Organisation des Proletariats"; das ISI verwechselt die Periode der Diktatur des Proletariats, auf die sich Lenin bezieht, mit der Periode des prärevolutionären Klassenkampfes; das ISI verwechselt die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit nach der Machtergreifung des Proletariats mit der politischen Organisation des Proletariats vor seiner Machtergreifung.

Noch eine Bemerkung zum Schlußsatz der ersten Stellungnahme "Im übrigen wird das Konzept einer Funktionalisierung der Intelligenz allein der Intelligenz 'politisch höchst gefährlich': es liquidiert sie." Diese radikale Phrase formuliert die Suizidsucht der wildgewordenen Intelligenz, sie paßt damit genau in Lenins Diagnose des Linksradikalismus. Nach der Phase des Aktionismus flüchtet sich der linke Radikalismus in die Theorie und erstarrt dort zum linken Doktrinarismus, zur linksradikalen Phrase, zum abstrakten

strakten, affirmativen Kult des Proletariats.

- 3. Wissenschaft als Produktivkraft - Dieselbe Oberlehrer-Manier, zeigt das ISI in seiner zweiten Stellungnahme. Wenn im folgenden die falschen Ansätze dieser Kritik am Schlungspapier des Genossen Roth kritisiert werden, ist das keine Verteidigung der terminologischen Unsicherheiten dieses Papiers, das eingeständenermaßen eilig zusammengeschrieben wurde.

ISI läßt sich zu der originellen Behauptung hinreißen, daß "die rechtsradikale opportunistische Erledigung des Wertgesetzes durch Habermas und die linksradikale Bestätigung durch Roth prinzipiell austauschbar" seien. Beweis: "Nach Roth bewirkt das Wertgesetz den Transformationsprozeß der Wissenschaft und des Bildungssystems zur Produktivkraft". Fatal an diesem "Beweis" ist, daß er die Austauschbarkeit von Marx und Habermas beweist; denn Marx spricht z. B. in den "Grundrissen" des öfteren von der "Produktivkraft Wissenschaft". Die Entwicklung des Kapital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist. . . Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis. . ." (Grundrisse, S. 594).

Eine Überprüfung zeigt, daß der ISI-"Beweis" nichts anderes als eine Kombination von Mißverständnis und Fehlern ist:

- a) das ISI hat einen falschen Begriff von Produktivkraft. Marx gebraucht diesen Begriff im Sinn von "materiellen Produktivkräften" als Äquivalent von "Produktionsmittel" (vgl. die Einleitung zur "Kritik der politischen Ökonomie") und in der Kombination "Produktivkraft der Arbeit" als eine Qualität der Arbeit, und keineswegs identisch mit ihr.
- b) Produktivkräfte gibt es nicht nur in den warenproduzierenden Gesellschaften. Im Begriff Produktivkraft ist an die Produktion von Gebrauchswerten gedacht. Daß die Wissenschaft, die gesellschaftliche Organisation der Produktion von Wissen, im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus ein entscheidendes Agens zur Erzeugung von Gebrauchswerten (und darüberhinaus auch zur Erzeugung von Extraprofiten) ist, wird niemand bestreiten. Der Schluß, die von Habermas erfundene Wertquelle Wissenschaft sei "allein mit einer zur Produktivkraft geförderten Wissenschaft erklärbar", ist also nur schlüssig, wenn man "Wertquelle" und "Produktivkraft zur Erzeugung von Gebrauchswerten", also Wert und Gebrauchswert identifiziert. ISI macht genau den Fehler, den es Roth (und Marx) vorwirft.

- Die Ware Wissenschaft. - Das ISI liefert eine eigene Erklärung des "Transformationsprozesses der Wissenschaft und des Bildungssystems". Der Transformationsprozeß "zaubert keine neue Produktivkraft hervor, sondern die Produktionssektoren der Waren Wissenschaft und Arbeitskraft werden beschleunigt von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion transformiert".

Diese Phrase gehört ins Dritte Programm und erklärt natürlich gar nichts. Sie hat obendrein den Nachteil, daß sie in dieselbe Konfusion der Kategorien verfällt, die das ISI verurteilt, und, zu Ende gedacht, das ISI im Schlungspapier des Genossen Roth landen läßt.

Wenn die Produktion der Wissenschaft kapitalisiert wird, - zu welcher Produktionsabteilung gehört sie dann innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses? Doch nur zum geringen Teil (Luxuswissenschaften) in die Abteilung II - Konsumtionsmittel - also der Rest in die Abteilung I (wenn wir das marxsche Reproduktionsschema beibehalten wollen). Also gehört ein Teil des kapitalistisch produzierten Wissens zu den Produktionsmitteln, die betreffenden Wissenschaften zu den Produktivkräften.

Ebenso: Wenn die Produktion von Arbeitskraft kapitalisiert wird, heißt dies, daß die Ware Arbeitskraft zum Warenkapital wird. Der freie Lohnarbeiter, nach Marx Verkäufer seiner Arbeitskraft, wäre also in unserm Sozialstaat doch zu guterletzt noch Kapitalist (nämlich Besitzer von Warenkapital) geworden. Oder gehört die Arbeitskraft des Lohnarbeiters inzwischen zum Warenkapital der Institutionen (Schule, Uni), die diese Arbeitskraft (mit seiner Hilfe) produziert haben?

Die Phrase huscht über einen Sumpf von Fragen, auf die sie keine Antwort weiß. Noch größere theoretische Schwierigkeiten als die behauptete Kapitalisierung der "Produktionssektoren der Waren Wissenschaft und Arbeitskraft" wirft der behauptete Warencharakter der "Wissenschaft" auf.

Das Wissen hat nur insoweit Warencharakter angenommen, als seine Produktion unter das Wertgesetz subsumiert ist. Diese Subsumtion der Wissenschaftsproduktion (Forschung) unter das Wertgesetz mag sich

bereits hinter dem Rücken der Produzenten vollziehen. Um sie zu erkennen, müssen zuvor folgende Fragen beantwortet werden :

- 4.1 Ist das Wissen eine Ware und stellt das verschiedene Wissen nur verschiedene Portionen dieser einen Ware dar ? Oder definieren sich die verschiedenen Wissenssorten wie die übrigen Warenarten nach den respektiven Warenkörpern (?) und Gebrauchswerten ?
- 4.2 In welcher Weise wird das Wissen ( oder die verschiedenen Wissenssorten) quantifiziert ? ( Voraussetzung der relativen Wertform ).
- 4.3 In welcher Weise läßt sich die für die Produktion eines bestimmten Quantum einer bestimmten Wissenssorte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ermitteln ? ( Voraussetzung der Wertzu - messung ) .  
Soll eine solche Wertzumessung möglich sein, muß die Quantifizierung der Wissenssorten ( nach 5.2 ) so geschehen, daß sich für gleiche Quanten derselben Wissenssorte gesellschaft - liche Durchschnitts-Produktionszeiten einspielen.  
Die Beantwortung der Frage 5.2. in Verbindung mit 5.3 erscheint daher als Hauptproblem und Hauptvoraussetzung für eine Warenanalyse des Wissens . ( D. Hinrichsen )

#### FLUGBLATT DES ISI VOM 4. 10. 69

##### Die Publikationspraktiken der apo-press

Das Internationale Schulungs-Institut im SDS Hamburg hatte der apo-press-Redaktion eine "Erklä - rung" zur antikapitalistischen und revolutionären Front und zwei Stellungnahmen zu Schulungspro - grammen übergeben. Die apo-press-Redaktion übermittelte uns daraufhin eine Stellungnahme, die schloß: "Solange diesen Bedenken nicht Rechnung getragen wird, sind wir auch nicht bereit, diese Papiere abzudrucken."

"Kritik", gab die Redaktion zu bedenken, "die den Ansprüchen einer (1) emanzipatorischen Bewegung" genügen soll, müsse "solidarisch sein", die Kritik am Roth-Papier sei unsolidarisch; außerdem: "die Kritik muß die Bewegung vorantreiben", und Kritik an Kategorien sei für sie so lange bedeutungslos, als kein Zusammenhang mit ihren augenblicklichen Problemen hergestellt sei; zudem sei es "wohl nicht angängig, in einer SDS-Publikation mit 'ISI im SDS' zeichnen zu wollen", solange "man die inhaltliche Diskussion über den Sinn und die Funktion eines ISI für die Bewegung verweigert".

Das ISI, das sich ausschließlich aus SDSlern rekrutiert, gab der vom SDS herausgegebenen apo-press folgende Klarstellung seiner "Funktion", und für welche "Bewegung", damit sich in der Hamburger Apo nicht dasselbe Mißverständnis einstelle wie bei der apo-press-Redaktion :

1. Wir haben nicht die Absicht, irgendeiner emanzipatorischen Bewegung zu genügen, sondern allein dem Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats durch theoretische und pädagogische Arbeit zu dienen. An der Theorie-Front des Klassenkampfes ist der Revisionismus der Hauptfeind. Er kann keine solidarische Kritik, sondern lediglich theoretische Liquidation und politische Entlarvung erwarten.

2. Unsere Kritik will nicht dazu beitragen, diese "Bewegung" um linke Zeitungen, Rowohlt-Autoren, antiautoritäre Kinderläden, Schüler- und Studentengruppen voranzutreiben, sondern klarstellen, daß der theoretische Ansatz dieser Gruppierung in eine reaktionäre Sackgasse führt.

3. ~~Müsse~~ Die Aussage der apo-press-Redaktion, die Erklärung über die antikapitalistische Front sei für sie "bedeutungslos, weil der Bezug zur Situation der Bewegung fehlt", markiert exakt ihre eigene politische Position: außerhalb der antikapitalistischen Organisation, weil unterhalb von deren Elementarqualifikation; plattes Unverständnis der Aufgaben einer revolutionären Organisation, die sie für dumme Sprüche hält,

4. Begriffs-Analphabetismus beherrscht nicht nur die apo-press-Redaktion, sondern die kleinbürgerlich-emanzipatorische Bewegung überhaupt und hat bislang eine revolutionäre Wendung dieser Bewegung verhindert. Das ISI wird daher in Kürze eine kategoriale Alphabetisierungskampagne eröffnen."

Diesen "Nachtrag" sowie die "Erklärung" hat die Redaktion unterschlagen. Davon, daß die unterschla-



genen Papiere zwar nicht der Öffentlichkeit, aber einem internen Zirkel zugänglich sind, zeugt der Verweis auf die "kategoriale Alphan. Kampagne des ISI" bei A. Milz. - Die "Anmerkung der Redaktion" zu den beiden abgedruckten Stellungnahmen entlarvt, daß Kategorien der Politökonomie für die Red. "nicht Gegenstand der Schulungspraxis" (apo-press 17, s. 29) sind. Durch den Abdruck wollte man die Gefahr einer "Schein-Diskussion" zwischen Theorie-Größen" (ibid.) verdeutlichen: Dies verdeutlicht die theoretischen Dimensionen der apo-press-Redakteure, welche entweder die revisionistische Begriffs-Konfusion des Gen. Roth oder die akademische Ahnungslosigkeit der Agitpropgruppe bezüglich des Proletariats oder die elementare Nachhilfelektion des ISI oder alles zusammen für "Theorie-Größen" hält. Die theoretische Frosch-Perspektive der Redaktion macht sie blind für die politische Bedeutung der Revisionismus-Kritik. Um gegen "das Etikett 'ISI'" motzen zu können, unterschlägt die Redaktion die Kennzeichnung des ISI als "Gruppe im SDS". Zudem würden an den abgedruckten Papieren eigenmächtige und nicht kenntlich gemachte Veränderungen vorgenommen. (! Druckfehler! Red.) Im ganzen gibt die derzeitige apo-press-Redaktion das Bild politisch heruntergekommenen Kleinbürger ab, die weit entfernt, korrekte redaktionelle Arbeit zu leisten, weder gründlich lesen noch sauber zitieren können.

#### WAS TUN MIT DER APO - PRESS ?

Die Polemik des ISI läßt sich auf ein Problem reduzieren, nämlich : wer bestimmt den Inhalt der APO-PRESS .

Das Strohfeuer der Beschimpfungen vom ISI wurde dadurch ausgelöst, daß die Redaktion der APO-PRESS sich angemaßt hat, eine Stellungnahme des Internationalen Schulungsinstituts (ISI) nicht abzdrukken; und zwar aufgrund bestimmter - auf den Gegenstand der Diskussion konkretbezogener - Auswahlkriterien :

- a) die Artikel zum Thema Schulung müssen das Wesentliche der Schulungspraxis in Hamburg widerspiegeln,
- b) die Artikel müssen die Schulung ihrerseits wieder befruchten und weitertreiben.

Es wäre richtig gewesen, wenn alle Gruppen, die Schulungspraxis betreiben, die betreffenden Artikel anhand dieser oder weiterer Kriterien diskutiert, und entschieden hätten, was gedruckt wird. Da aus diesen Gruppen jedoch keine Vertreter zur Redaktionssitzung kamen, ging die Kommune pragmatisch vor und setzte sich alleine mit den ISI-Genossen auseinander.

Die ISI-Genossen haben zwar das Problem der Bestimmung des Inhalts der APO-PRESS erkannt, sie versuchen es aber auf ihre Weise ( oder vielmehr, um genauer zu sein, auf des Genossen Oberlehrer Weise) zu lösen : "Das, was vom ISI kommt, wird abgedruckt, und damit basta!

Die APO-PRESS-Kommune ist sich bewußt, daß es ebenso problematisch ist, wenn sie allein die Auswahl der zu druckenden Artikel trifft und sieht eine Lösung dieses Problems nur im Zusammenhang mit Organisationsbeteibungen des gesamten SDS, bzw. des gesamten Ausbildungsbereiches.

Im Anschluß an die Organisationsdebatten im SDS wurde in der vergangenen Zeit mehrfach versucht, nach dem Prinzip der Vertretung aus allen Gruppen, gemeinsame, alle Gruppen betreffende Probleme in zentralen Gremien zu diskutieren und zu lösen. Diese Versuche sind gescheitert, sicher nicht weil das Prinzip der Vertretung (Räte) falsch war, sondern weil die abstrakte Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Organisation nicht korrespondierte mit der jeweils konkreten Praxis der Gruppen.

Die jetzige Auseinandersetzung um den Abdruck einiger Papiere, - wobei der Inhalt dieser Auseinandersetzung ein wesentlicherer, nämlich politisch-strategischer ist, - zeigt deutlich, wie notwendig es ist, den Prozeß zur Schaffung einer zentralen politischen Organisation für die bislang isoliert wirkenden (oder sich "schulenden") Projektgruppen und sozialistischen Zentren in Hamburg endlich praktisch einzuleiten.

Wir meinen, daß ein regelmäßig tagendes und arbeitendes Gremium a) zur Funktionsbestimmung der APO-PRESS und b) zur Bestimmung sowie Kontrolle des Inhaltes der einzelnen Nummern dieses SDS-Organs (bzw. zur Kontrolle der Redaktion) - , Ausgangspunkt sein könnte für c) eine weitergehende politische Organisation .

Dies könnte folgendermaßen begonnen werden :

- o stärker noch als bisher wird versucht werden, die Gruppen und Individuen,

die Beiträge in der jeweiligen Nummer veröffentlichen wollen, aufzufordern, an den - für alle arbeitenden Genossen öffentlichen - Redaktionssitzungen teilzunehmen.

- o das sich herausbildende zentrale politische Gremium, bestehend aus Vertretern aller relevanten Gruppen der Bereiche, in denen bisher politische Praxis mit sozialistischem Anspruch geleistet wird - also Universität, Schule, Berufsschule, Bundeswehr, Betriebe, - diskutiert permanent seine Struktur und politische Funktion, und legt ebenso Struktur und Aufgaben der Redaktion fest.

Die jetzt bestehende Redaktion (kommune) muß während der Übergangszeit - neben der technischen Herstellung und Verwaltung des Blattes - alle in Frage kommenden Gruppen informieren und druckreife Entscheidungen für die nächsten Redaktionssitzungen vorbereiten.

Wir, die APO-PRESS-Kommune, werden mit der Verwirklichung dieses vorläufigen, pragmatischen Arbeitsmodells beginnen und erwarten die Kritik und Teilnahme der Genossen.

ZERSCHLAGT DAS MONOPOL DER ANNENSTRASSE ( aber stürmt nicht die Maschinen ! )!!!!!!!

#### JUSTIZTERMINE

13.10.69	8.30	Raum 138	Peter Heykendorf
15.10.	9.00	186	Gottleben - Berufung
17.10.	9.00	274	Rudi Christian - Hauptverhandlung, Wehner-Beleidigung
20.10.	12.00	209	B. Westphal - Springer
21.10.	11.00	377 a	N. Kreuz - Berufung, Springer
22.10.	10.00	221	Julia Carmesin
24.10.	10.00	?	Angela Stöwsand, Gefangenenbefreiung + Busenaktion
30.10.	13.00	377 b	Lothar Reckert

November : Mahler- Berlin, ab 10.11.69

Roth , ab 4.11.69

Röhl , 25.11.69

#### BRIEF AUS DER ZELLE

Manfred Grashof  
UG Lübeck  
Marli-Ring 41

Lübeck, 10.9.69

Genossen !

Erfahre soeben aus der Zeitung über die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe von 3 Jahren für den Genossen Schmiedel. Ich bin über den Fall orientiert.

Genossen, Ihr müsst den Kampf mit allen Mitteln fortsetzen !!! Erkläre mich mit Schmiedel voll solidarisch, kann ihm leider nicht direkt schreiben. Es darf den Herrschenden nicht gelingen, durch Terrorurteile unsere Verbindungen mit der Arbeiterschaft zu zerschlagen !

Venceremos !

M. Grashof

(Einer der aus Berlin verschleppten Bundeswehr-Deserteure, s. RPK-Nr. 25/26, S. 16)

1.

Fast alle sozialistischen Gruppen in Hamburg haben in den letzten Wochen mit einer Schulung in Polit - Ökonomie begonnen. Die Schulungsansätze sind nicht nach der unterschiedlichen theoretischen Qualifikation und der unterschiedlichen sozialen Basis der Gruppen (Schule, Betrieb, Uni, Bundeswehrarbeit) verschieden.

Die unterschiedlichen Schulungsansätze widerspiegeln vielmehr die divergierenden Perspektiven von Strategie und Organisation. Darüber hinaus zeigen sie sektiererische Tendenzen, die sich hinter selbsttäuschendem Verbalradikalismus und Ideologisierung verbergen.

Gerade deshalb ist eine möglichst baldige zentrale Diskussion zwischen den Gruppen über die Schulung und die darin implizierten politischen Perspektiven notwendig.

2.

Diejenigen Schulungsgruppen, die sich zunächst auf der Basis des Rothschen Papiers "Kritik der politischen Ökonomie des Ausbildungssektors" konstituiert haben, begannen ihre Arbeit ohne eine Bestimmung des Schulungsablaufs und des Schulungsziels. Anfangs hieß es, die theoretischen Kenntnisse der Teilnehmer seien noch zu schwach, um die Konzeption von Karl - Heinz Roth kritisch diskutieren zu können, geschweige denn eine eigne Schulungskonzeption zu entwickeln. Deshalb sei erst die Funktion der Schulungsgruppen, aus der theoretischen Arbeit ein verbindliches Schulungsprogramm sowohl inhaltlich als auch didaktisch zu entwickeln. Deshalb solle die Rothsche Konzeption als Arbeitshypothese benutzt werden, ohne ihre strategisch/organisatorischen Implikationen zu diskutieren, denn "aus dem Nichts heraus" könne man nicht beginnen. Die Arbeit nach dem Rothschen Programm erst ermögliche die Diskussion der Rothschen Prämissen. Sie könnten dann immer noch verworfen oder akzeptiert werden. Roth wechselte daraufhin "Schulungsarbeit" mit "Arbeitskreis" aus und mit dem Austausch von Wörtern schien die Diskussion über Arbeitsinhalt und Arbeitsziel vorerst gelöst. Jetzt erweist sich, daß nichts gelöst und alles kaschiert ist.

3.

Da Schulung kein Bildungsprogramm für Genossen sein kann, die jetzt ein Bedürfnis nach politischer Ökonomie verspüren, ist zuerst die strategisch/organisatorische Zielbestimmung der Schulung zu leisten. Diese Zielbestimmung ist auch wenn sie nicht diskutiert ist als unterschwellige Übereinkunft immer vorhanden. Diese Diskussion wurde nicht geführt, obgleich sich die Unbrauchbarkeit des Rothschen Ansatzes sofort offenbart hätte:

a. Kann es überhaupt eine "Kritik der Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors" geben? Wie im grassierenden Jargon benutzt auch Roth Ökonomie, Polit/Ökonomie, Kritik der politischen Ökonomie als austauschbare Reizwörter. Die Kritik der politischen Ökonomie kann sich per Definitionem nie auf einen Bereich beschränken oder für einen Bereich gesondert vorgenommen werden. Die Kritik der politischen Ökonomie zeichnet sich dadurch aus, daß sie immer ideologiekritisch und konkret ist. Aber gerade dies gilt nicht für Roths Ansatz auch noch viel weniger für die bisherige Schulungspraxis. (siehe weiter unten).

b. Die Schulungskonzeption ist ohne eine organisatorisch/strategische Perspektive. Nicht daß es der richtige Anspruch wäre, eine schon formulierte und im einzelnen bestimmte Strategie und ein Schema von Organisation auszubreiten, vielmehr können augenblicklich unsere Vorstellung zu Organisation und Strategie nur abstrakt und eine Richtung anvisierend sein. Mao sagt dazu:

"Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut, dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du alle diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch den Weg zur Lösung der Frage. Jede Schlußfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt. Nur ein Tölpel zerbricht sich allein oder in der Gemeinschaft mit anderen den Kopf, um ohne Untersuchung der Sachlage sich eine Methode auszudenken. Doch wohlgemerkt er wird sich überhaupt nichts Rechtes ausdenken, nichts gescheiters einfallen lassen. Mit anderen Worten: er wird ganz gewiß auf eine falsche Methode verfallen, einen falschen Entschluß fassen." (aus: Gegen die Buchgläubigkeit S.2)

Doch Karl-Heinz Roth verfährt genau wie der von Mao beschriebene Tölpel. Er präjudiziert was nur Ergebnis der Schulung (aber nicht nur der Schulung allein) sein kann. Mit dem Anspruch des Perfektionisten bestimmt er die zu erreichende Organisationsform der Bewegung und das wiederum auf jeder Seite verschieden. So schreibt er, "daß Schulungsprogramm ist als theoretische Waffe zur inhaltlichen Koordination der Lehrlings-, Schüler- und Studentenbewegung zu definieren". In "einer weiteren Phase der Schulung" kommt er dann flink dazu "eine revolutionäre Kampforganisation der neuen Arbeiterklasse (sic) herauszubilden, die die im Ausbildungs- wie im materiellen Reproduktionsprozeß Tätigen im Kampf gegen Kapital und Staat zusammenfaßt." Mit einer präzisen Etappenstrategie sagt Roth dann wie Organisation aller Unterdrückten zu erreichen sei: "Reorganisation der neuen sozialistischen Linken" über "eine noch zu konstituierende Lehrlingsorganisation" durch "Schulungsvermessung" zur "revolutionären Kampforganisation".

c. Hier verblüfft nicht nur das Prophetische. Genauso leichtfertig wie der Umgang mit "Ökonomie", Kritik der politischen Ökonomie" und "Polit-Ökonomie" ist hier der Gebrauch "neuer Arbeiterklasse", "Neue Linke", "Reorganisation des Ausbildungssektors" etc. Inhaltsleere Leiz- und Schlagwortesuggerieren hier mittels des Phasenplans eine Konzeption, die sich als BlaBla herausstellt. Die Praxisferne dieser "Konzeption" wurde spätestens deutlich als Roth beim letzten Schulungsplenum davon sprach, erst wenn das Schulungsprogramm absolviert sei, könnten wir über unsere Praxis wieder diskutieren und erst dann hätten wir die Möglichkeit sie sinnvoll zu bestimmen. Bis dahin habe jede Praxis "pragmatisch zu bleiben".

4. Die Reflexion auf die Schulungsinhalte, das Schulungsziel und die Schulungsmethode, zu der wir auf der Basis der Rothschen Hypothesen kommen wollten, ist ausgeblieben. Die Debatte beschränkte sich auf die Entscheidung, welche Kapitel aus dem "Kapital" gelesen werden müssen, und welche man auslassen kann. Das Ergebnis war notwendiger Weise immer, "das können wir nicht entscheiden, ohne das Kapital gelesen zu haben", also lesen wir vorläufig weiter im Text. Man kann sich vorstellen auf welchem Stand die Schulung in einem Jahr ist. Wir werden dann darüber diskutieren, ob die 3 Bände "Theorien über den Mehrwert" auch noch gelesen werden müssen, oder ob man sie auslassen kann. Dies allerdings unter der fragwürdigen Voraussetzung, daß sich die Schulungsgruppen über die Kapitallektüre werden erhalten können. Vielmehr muß gefürchtet werden, daß sie wie so viele Arbeits- oder Projektgruppen bis dahin auseinandergebröckelt oder vom praktischen Arbeitsdruck erschlagen sind.

Ps. Die Schulungsgruppe in der Hagedornstraße hat sich letzte Woche zu Gunsten projektbezogener Arbeit aufgelöst.

5. Die Schulungsgruppen arbeiten eher an einem Bildungsprogramm, als einer Schulung, die an der Theoriefundierung der Genossen, der Strategie- und Organisationsdiskussion verpflichtet ist:  
a. Die Schulungsgruppen stellen fest, ihre augenblickliche Arbeitsweise habe mit kollektiven Lernprozessen nichtsgemein. Jeder liebt sein Kapitel für sich, in den Zusammenkünften der Schulungsgruppen wird das anstehende Kapitel von einem Genossen rezipiert und im Anschluß ergeben sich kaum Diskussionen. Wenn überhaupt nur solche, die aufgeschoben werden müssen, weil die Begrifflichkeit fehlt, sie zu einer Lösung zu führen.  
b. Das "Kapital" wird dogmatisiert. Lektüre und Diskussionen werden unter dem Vorzeichen einer Gläubigkeit geführt, in der Fragen nicht als Problematisierungen auftauchen, die allein die Erkenntnis weitertreiben könnten, sondern als ängstliche Verständigungsfragen. Dieser gläubige epistemologische Erkenntnisbegriff hat nur das Interesse des Musterschülers, die nun einmal feststehende Wahrheit nachzutollziehen. Fehlt aber die kritische Bereitschaft auch Karl Heinrich Marx zunächst einmal in Frage zu stellen und womöglich zu revidieren, so werden wir vielleicht Formeln lernen, nie aber die marxische Methode verstehen und auf unsere Verhältnisse anwenden können.

6. Vor allem aber zeigt sich Bildungsprogramm - Charakter der Schulung in der Verdrängung politischer Praxis durch die Schulung. Schulung als eitle Bildung.

Dazu muß man sich noch einmal den Zeitpunkt vergegenwärtigen an dem wir mit der Schulung begannen.

Nach dem kläglichen Wochendseminar vom 1.-3. August in der ESG hatten sich immerhin 3 Gruppen gebildet: 1. Bildungökonomie - die technokratischen Reformen; 2. Technologie - die Kapitalisierungen der Naturwissenschaften; 3. Betriebe. Also: Arbeit an einem adäquaten Proletariatsbegriff. Diese drei Gruppen hatten keinen beschränkten Forschungsansatz, vielmehr verstanden sie sich als zukünftige Kader in der Praxis. So diskutierte die erste Gruppe über eine Hochschulstrategie für das Wintersemester, über die Organisation der Basisgruppen, damit sie ihre reformerischen und partikularistischen Rückentwicklungen überwinden. Die 2. Gruppe arbeitete über Mobilisierungsmöglichkeiten in den Naturwissenschaften und über die Thesen von technischer Intelligenz und neue Arbeiterklasse und deren strategischen Implikationen. Die 3. Gruppe schließlich wollte die Arbeit über die Möglichkeiten von Betriebsarbeit, die spezifische Hamburger Wirtschaftssituation und die Konzepte von Arbeiterkontrolle etc. aufnehmen.

Daraufhin hob sich Roth aus dem Untergrund, schaltete sich ein und diagnostizierte diese Ansätze als partikularistisch und syndikalistisch. Roth forderte diesen "Partikularismus" mit einem für alle Bereiche "verbindlichen" Schulungsprogramm aufzuheben und über die Vermassung dieser Schulung zu reorganisieren. Bis <sup>zum</sup> erfolgreichen Abschluß der Schulung keine Projektbezogenheit, nur "pragmatische Praxis", und nach der Schulung werde dann alles anders. Roth erarbeitete seinen Phasenplan und der SDS schwenkte ein.

7.

Von Bedeutung ist hier nicht nur Roths Schulungskonzeption und unsere augenblickliche Schulungspraxis, von Bedeutung ist darüber hinaus <sup>Roths</sup> Stellung im SDS Hamburg, wie sie an diesem Beispiel und vielen anderen deutlich wird. Roths Auftreten allein reichte um seinen Vorschlag durchzusetzen und das bisherige über den Haufen zu werfen. dabei wird die Gruppe aber genau immer um die Theoriebildung zurückgeworfen, die Roth seine Stellung erst ermöglicht. Das Verhältnis vieler Genossen zu Roth ist das Verhältnis zum ~~dem~~ bürgerlichen Wissenschaftler, der "viel weiß".

8.

Die augenblickliche Schulungspraxis produziert eine gewisse Heilserwartung in die Theorie. Die Argumentation einiger Genossen impliziert, richtige Organisation, richtige Strategie, ja richtige Praxis generell leite sich unmittelbar aus der Schulung ab. Roth scheint das ähnlich zu sehen: "Ist es gelungen den Schulungsarbeitskreis in allen wichtigen Komponenten einwandfrei abzusichern, ergeben sich die Konsequenzen in der Konzeptions- und Organisationsfrage praktisch von selbst." Bei Oberlehrern und dem ihm angeschlossenen internationalen Institut löst sich die Organisation noch einfacher und automatischer. Hier reicht die "massenhafte" Verbreitung des Heftchens mit den Formeln aus dem "Kapital" schon aus. Ähnlich argumentieren auch Teile des AUSS, SALZ und der VK-Gruppe, wenn sie sagen, man müsse sich zeitweise aus der politischen Praxis zurückziehen um sich zu schulen. Ein Hohn auf die immer im Munde geführte Dialektik von Theorie und Praxis. Ideologisierung der Theorie und Pragmatisierung und Romatisierung der Praxis scheinen die notwendigen Folgen aus diesem Ansatz. Doch der Fehler liegt nicht nur darin, daß die Schulung die Praxis suspendieren soll, sondern ebenso darin, daß die Anforderungen an die Schulung nicht aus der Praxis abgeleitet werden und die Praxis deshalb auch nicht positiv beeinflussen können.

9.

Konsequenz der Kritik kann nicht sein, Schulung aufzugeben und dort weiter zu machen, wo wir vor der Schulung standen. Nur muß Schulung neu oder besser überhaupt erst definiert werden.

a. Wir können den klassischen Schulungsbegriff der traditionellen Arbeiterbewegung nicht so unhistorisch übertragen, wie eine Genossin vom ISI, die kürzlich sagte, man müsse mit der Schulung an die Tradition der Arbeiterbewegung anknüpfen und dann vorschlug etwas Marx und Engels und etwas Mao und Lenin zu lesen. Denn 1. ist unsere Schulung nicht Bestandteil der organisierten Proletarischen Bewegung, vielmehr ist sie eine der Voraussetzungen für sie. 2. wird uns Lenins Revolutionstheorie nur bedingt nützlich sein, wenn wir für unsere historischen Voraussetzungen nicht auch das

leisten, was seiner Revolutions- und Organisationstheorie vorausgegangen war: Die Kritik der politischen Ökonomie und eine Klassenanalyse. Wir können zwar von den Klassikern lernen, vor allem aus ihrer Methode, wir können ihre Analysen aber nicht bruchlos auf unsere Zeit übertragen. Tun wir es, unterliegen wir der Dogmatisierung.

10.

"Verzicht auf konkrete Untersuchungen führt zu idealistischer Einschätzung der Klassen und idealistischer Anleitung der Arbeit, was entweder Opportunismus oder Putschismus zur Folge hat." (aus Mao Tse - Tung, Gegen die Buchgläubigkeit S. 6) Auf die konkreten Untersuchungen können wir aber nicht zurückgreifen. Es gibt sie kaum. Deshalb ist der traditionelle Begriff von Schulung, wo erarbeitete Ergebnisse nur noch zu vermitteln wären, für uns nicht braubar. Die "Schulung" wird deshalb -mit dem Begriff der Wissenschaft ausgedrückt- primär "Forschung" sein müssen. Diese Arbeit allerdings werden wir nicht wie Roth es für möglich hält, in einem 6 Seitigen Programm abstecken können. Schon gar nicht werden wir behaupten können, daß der erfolgreiche Abschluß von Schulungsabschnitten gewisse Organisationsetkappen quasi automatisch wird erreichen können. Im Gegensatz zu Roths deterministischen Schulungs- und Organisationsbegriff wird sich unsere theoretische Arbeit immer von dem jeweiligen Praxisstand  $g$  her bestimmen, den wir allerdings nicht vorausplanen können. Wenn die Schulung der Strategiebildung zu dienen hat, dann wird sie nicht nur isoliert die objektiven gesellschaftlichen Prozesse reflektieren können, vielmehr müssen gleichzeitig der Organisationscharakter und die Bewußtseinslage der Bewegung und das Bewußtsein der Massen sowohl zum Ausgangspunkt wie auch zum theoretischen Gegenstand der Arbeit gemacht werden.

11.

Schulung zur Vereinheitlichung von Theorie und Praxis der verschiedenen Gruppen kann nicht so kurzgeschlossen formal gesehen werden wie von Roth. Als hätte die Schulung der Schüler, Studenten, Arbeiter dem konkreten Inhalt nach identisch zu sein. Das unterschiedliche Maß an verfügbarer Zeit, die unterschiedliche theoretische Qualifikation, der unterschiedliche Organisationsstand und vor allem der unterschiedliche soziale Bereich müssen sich in der Schulungskonzeption widerspiegeln, wenn die Schulung nicht im Seminar marxismus enden soll, sondern für das Weitertreiben unserer Praxis nützlich sein soll.

12.

Deshalb muß die Schulung zuerst eine historische Funktionsbestimmung der "antiautoritären Bewegung" leisten. Das große Wort von der "transformation der antiautoritären Revolte in sozialistische Politik" müßte bestimmt werden. Damit zusammenhängend muß die Diskussion über die Funktion der Intellektuellen im Klassenkampf geführt werden. Dies scheint vor allem deshalb notwendig, weil immer mehr Gruppen von der "Liquidation" der antiautoritären ~~Bewegung~~ Bewegung reden, weil Parolen wie "Raus aus der Universität, hin zum Proletariat" und die Reduktion der Arbeit in der Uni auf Hilfsfunktionen für das Proletariat nicht unsere Politik, aber das Sektierertum weitertreiben. Die These von den notwendiger Weise kleinbürgerlichen Studenten geht Hand in Hand mit dem assoziativen, romantischen Proletariatsbegriff.

13.

"Viele Menschen, die "die Bücher" des Marxismus gelesen haben, wurden zu Verrätern an der Revolution; aber Arbeiter, die Anaphabeten sind, können oft sehr gut den Marxismus handhaben. "Die Bücher" des Marxismus sollen studiert werden, doch muß das mit der konkreten Situation unseres Landes geschehen. Wir brauchen "die Bücher", müssen aber mit der von der realen Situation losgelösten Buchgläubigkeit aufräumen. Wie kann man mit der Buchgläubigkeit aufräumen, nur dadurch daß man die konkreten Verhältnisse untersucht." (Mao, Über die Buchgläubigkeit; S. 6)

Wir stehen mit der Debatte über die Schulung noch so weit am Anfang, daß vorläufig ihre Bestimmung nur negatorisch und abstrakt sein kann. Nur in der Praxis werden wir sinnvolle Formen

entwickeln können. Der erste Anlauf allerdings dürfte gescheitert sein. Bedingungen einer sinnvollen Schulung dürften sein :

- a. Die Schulung kann unsere Praxis nicht suspendieren.
- b. Die Anforderungen unserer Praxis haben in die Schulung inhaltlich einzugehen, schon um die Gefahr auszuschalten, daß aus abstrakter Schulung unmittelbare Praxiskonsequenzen, also idealistische Konsequenzen, gefordert werden.
- c. Die Schulungsgruppen können sich nicht wie bisher zufällig zusammensetzen. Die Schulungsgruppen müssen sich als Kollektive sowohl der theoretischen wie der praktischen Arbeit betrachten.
- d. Die Arbeit wird vorläufig von einer gewissen Zweigleisigkeit bestimmt sein. Die Arbeit über die Methoden der Kritik der politischen Ökonomie müssen wir weiterführen.  
Der zweite Ansatz ist die Arbeit an konkreten Projekten, die einen unmittelbaren Praxisbezug haben. Nur wenn wir die beiden Ansätze verbinden, werden sie auf die Dauer erfolgreich sein.

---

#### ZUM IMPRESSUM

In der Nummer 15 der APO-PRESS (Schmiedel-Nummer) haben die Genossen, die diese Nummer produziert haben, meinen Namen (Deter) als "verantwortlich" ins Impressum gesetzt. Ich war an der Vorbereitung und Verbreitung dieser Nummer nicht im geringsten beteiligt, da ich zu dieser Zeit nicht in Hamburg war. Wäre dies nur autoritäre Fixiertheit "bisher haben wir es immer so gemacht", ohne dabei zu bedenken, daß Inhalt und Form eines Kommunikationsorgans der arbeitenden Gruppen nicht in so eklatanter Weise auseinanderklaffen dürfen, ginge es noch an.

Schlimmer wiegt, daß man durch die Veröffentlichung von Dokumenten aus Prozessen, die noch nicht abgeschlossen sind, oder laufenden Verfahren, etc... mit einiger Sicherheit mit dem (hamburgischem) Pressegesetz kollidieren wird und das Problem einer solchen Veröffentlichung ungefragt einem Genossen aufbürdet. Wegen ähnlicher Fälle laufen mehrere Verfahren gegen mich. Ich denke, daß man sich der Justiz nicht von sich aus als "Rädelsführer" anbieten sollte!

M. Deter

---

#### WILDER STREIK IN DER KLÖCKNERHÜTTE BREMEN

#### VOM ANTIGEWERKSCHAFTLICHEN ZUM ANTIKAPITALISTISCHEN KAMPF

(Abdruck aus RPK Nr. 32)

Von 1958 mit Beginn der Existenz der Klöcknerhütte bis 1966 stand die Arbeit des Betriebsrats unter kommunistischem Einfluß. Max Müller, heute Mitglied der DKP, war während dieser Zeit durchgängig, zunächst kommissarischer, dann gewählter, Betriebsratsvorsitzender. 1964 bis 1966 verstärkte sich der Einfluß der Kommunisten auf den Betriebsrat in einem für die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie Bremens nicht mehr akzeptierbarem Maße. Bei den Betriebsratswahlen 1966 ergab ....

- weiter nächste Seite -

sich aufgrund geschickter Manipulation in der Wahlpropaganda (geschickte Plazierung der Sozialdemokraten auf der Kandidatenliste, Informationsgraphische Tricks usw.) eine sozialdemokratische Mehrheit im Betriebsrat unter Vorsitz des Opportunisten Prott. Mithilfe der SPD-Mehrheit wurden die linken Arbeitervereine, die immehin erhebliche Stimmen auf sich hatten vereinen können, rigoros aus allen Funktionen des Betriebsrats und der Gewerkschaftskommissionen entfernt. Z. B. wurde der mit der zweithöchsten Stimmenzahl gewählte Max Müller kurzerhand zur Beaufsichtigung des Köchendienstes abgeschoben, weil er als Kommunist der Gewerkschaften lange ein Dorn im Auge war. Ende Mai 1968 wurde der 2. Betriebsratsvorsitzende Bonno Schütter fristlos entlassen, nachdem er die Angestellten für ein geschlossenes Auftreten der gesamten Belegschaft bei den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze agitiert hatte. In dem Prozess, den Schütter daraufhin gegen Klöckner vor dem Arbeitsgericht anstrebte, trat Prott als Hauptzeuge gegen Schütter auf. Bestechung der Werkleitung machte Leute vom Schlage Prott's vollends zu Arbeiterverrättern.

Trotz dieser Manipulationen der Bremer Reaktion, kam es während der Schülerdemonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahnen zu Solidaritätsaktionen der Klöcknerarbeiter. In der Antinotstandskampagne beteiligten sich die Klöcknerarbeiter ebenfalls trotz innerbetrieblicher Abwegelungsversuche durch die IG Metall am Sternmarsch auf Bonn und an einer Kundgebung in Bremen.

Immer wieder gelang es den Klöcknerarbeitern, vorbereitet durch eine jahrelange linke Betriebsratspolitik, selbst den opportunistischen SPD-Betriebsrat der Jahre 1966 bis 1969 zu offiziellen Solidaritätsbekundungen mit der kämpfenden Linken (Apo) zu zwingen. Die Folge war eine zunächst personalistisch verschleierte, schließlich zunehmend offenere politische Fraktionierung innerhalb des Betriebsrates gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Die Klöcknerarbeiter kämpften sich auf diese Weise zu ihrer späteren Führung aus den Fesseln der Gewerkschaft frei.

Während der Tarifverhandlungen im Sommer 1968 hatte die Klöcknerbelegschaft ursprünglich eine 10%ige Lohnerhöhung gefordert. Sie reduzierte diese Forderung zwar um 2 auf 8 %, hielt aber in darauffolgenden Auseinandersetzungen dieser Kompromissforderung gegenüber den für Nordrhein-Westfalen ausgehandelten 7 % unerbittlich fest. In einer Urabstimmung erklärten sich 84,7 % der Belegschaft bereit, diese Forderung notfalls in einem Streik durchzusetzen. In letzter Sekunde gelang es der Gewerkschaftsbürokratie, die Klöcknerarbeiter noch einmal übers Ohr zu hauen. Diese Niederlage befähigte die Klöcknerarbeiter, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie jetzt direkt aufzunehmen, ihn auf einer qualifizierteren Stufe innerhalb des antigerwerkschaftlichen Kampfes neu zu beginnen.

Bei der Betriebsratswahl im Mai 1969 weigerte sich die Belegschaft, die von der Gewerkschaft offiziell präsentierte Kandidatenliste zu akzeptieren und setzte ihre linke Führung auf eine Gegenliste, die sogenannte Liste 2. Die Kandidaten dieser Liste, Kommunisten, Parteilose und wilde innerbetriebliche Kader konnten mit Bonno Schütter an der Spitze, der zu dieser Zeit schon Werksverbot hatte, die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Es ergab sich das außerordentliche Politikum nicht nur eines von der Gewerkschaft nicht anerkannten Betriebsrates - gegen die 41 von der 2. Liste waren Ausschlußverfahren eingeleitet worden -, sondern dieser "Betriebsrat mußte, da Bonno Schütter als Vorsitzender fungierte, zudem noch außerhalb des Werkgeländes tagen.

Durch diesen Betriebsrat, dem objektiv jeglicher Boden für die ihm institutionell angestammte Vermittlerrolle entzogen war, versetzten sich die Klöcknerarbeiter tendenziell in die Lage, den Lohnkampf 69 aus der vom Kapital diktierten Kanalisierung herauszuprengen. Erst der im wilden Streik entfesselte Lohnkampf legt den Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital wieder frei. Im Lohnkampf 69 entfalteten die Klöcknerarbeiter den Grundwiderspruch in der Form des antikapitalistischen Kampfes, der versteckter Klassenkampf ist und zur Vorform des revolutionären Kampfes gemacht werden muß.

## 2. ZUR LAGE DER KLÖCKNERARBEITER

Die Klöcknerbelegschaft rekrutierte sich in der Aufbauphase der Hütte (sie wurde 1958 gegründet) hauptsächlich aus der linksliberalen bis linksradikalen Belegschaft der bankrott gegangenen Bergwardwerke. Die Bergwardarbeiter haben mit Beendigung der Rekonstruktionsperiode Ende der 50er Jahre als erste den Krisencharakter des westdeutschen Kapitalismus zu spüren bekommen. Die - wenn auch kurzfristige - Existenzunsicherheit, der folgende Zwang zur Umschulung beim Wechsel aus der metallverarbeitenden in die stahlerzeugende Industrie und die sich daran knüpfende anfängliche Verschlechterung der materiellen Lage sind Erfahrungen, die den für das westdeutsche Proletariat exemplarischen Charakter des Bewusstseins der Bremer Klöcknerarbeiter entscheidend mitbestimmt haben.

Mit ca. 8 000 Beschäftigten ist die Klöcknerhütte in Bremen eines der großen Werke im norddeutschen Raum. Allein für das kommende Jahr sind für die Hütte Bremen 540 Millionen DM an Investitionen vorgesehen. Die Hütte wurde bei ihrer Gründung vor 10 Jahren mit dem damals modernsten Siemens-Martinverfahren ausgerüstet. Inzwischen ist die Hütte fast völlig auf das neue LD-Verfahren umgerüstet worden. Der außerordentlich hohe Grad an technischer Rationalisierung, der dadurch erreicht wurde, läßt sich an der Relation des Produktionsanstozes zur Anzahl der unmittelbar in der Stahlproduktion tätigen Arbeiter ablesen:

vor der Umrüstung wurden von 700 Arbeitern 130 000 Tonnen Stahl pro Monat hergestellt, nach der Umrüstung produzieren 380 Arbeiter 280 000 Tonnen Stahl pro Monat. Das bedeutet eine Steigerung der Produktivität um nahezu 400 %. Die Arbeiter, die vom SM Stahlwerk ins LD Stahlwerk überwechseln mußten, waren von erheblichem Lohnabbau betroffen - in einigen Fällen bis zu DM 1,30 pro Stunde.

Drei Momente sind vorrangig hierfür verantwortlich zu machen:

1. die hochrationalisierte Stahlproduktion bedarf kaum noch der qualifizierten Facharbeit. Extremere denn je fungiert der Arbeiter als Lückenbüßer der Maschinerie. Der Schutz, den der Facharbeiterbrief bei früherem Arbeitsplatzwechsel für den Arbeiter bedeutete, wird bei zunehmender Rationalisierung der Arbeitsplätze zum verschwindenden Faktor. Der Wechsel von den SM-Arbeitsplätzen zu den LD-Arbeitsplätzen bedeutete für die Klöcknerarbeiter eine von der Unternehmensleitung als "Umschulung" getarnte Dequalifizierung ihrer Arbeit. Um den profitheischenden Sinn der verschleierte Dequalifizierung, nämlich geplante Kostensenkung auf dem Rücken der Arbeiter durchzusetzen, sollten "Umschulungskosten" den Arbeitern ihre Lohnrückstufungen um 2-3 Gruppen plausibel machen.

2. Dem Lohnabbau leisten vor allem aber die für die Stahlindustrie existierenden Tarifverträge selber Vorschub. Ihr Lohn-



zumessungssystem basiert nicht etwa auf dem Produktivitätsniveau, sondern auf einem analytischen Arbeitsplatzbewertungssystem, dessen hervorstechendste Eigenschaft es ist, daß der Lohn bei geringer werdender körperlicher Belastung sinkt. Solche Tarifgrundlagen schaffen der technischen Rationalisierung in der Stahlindustrie erst grünes Licht.

3. Der dem Arbeitsplatzbewertungssystem zugeordnete Erschwerungskatalog, aus dem sich ein Teil der Lohnzulagen ableitet, wie bei Klöckner praktiziert, kann im Zuge der Rationalisierung durch manipulative Gestaltung der Arbeitsplätze als Quelle der Lohnerhöhung beliebig ausgeschaltet werden. Schmutz etwa wird diesem Katalog zufolge mit einer hohen, Hitze mit einer niedrigen Zulage bewertet; also sind die Arbeitsplätze in dem neuen LD-Stahlwerk sauber und heiß.

Diese direkt aus der kapitalistischen Weise der Rationalisierung resultierende Verschlechterung der Lohnsituation wird verschärft durch die indirekten, für das Kapital weniger eindeutig kontrollierbaren, Konsequenzen der Rationalisierung. Die große Masse der Klöcknerarbeiter (etwa 4 000 von 5 000) arbeitet in der der komplizierten Produktionsanlage zugeordneten werkseigenen Reparaturbetrieben. Aus ihrer Arbeitskraft vor allem versucht das Kapital, die Kosten für die Rationalisierungsinvestitionen wieder herauszuholen.

Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die Arbeit unterbezahlt. Kein Schlosser oder Elektriker arbeitet länger als 2-3 Jahre direkt für Klöckner. Der hieraus resultierenden hohen Fluktuation und dem Arbeitskräftemangel wirkte die Werkleitung nicht durch eine Besserstellung der Arbeiter entgegen. Sie leiht sich je nach Auftragslage Reparaturarbeiter bei anderen Firmen aus, deren Löhne zwangsläufig weit über denen der werkseigenen Arbeiter liegen, und dies gewiß nicht zum Schaden der Reparaturunternehmen. Den Klöcknerarbeitern fiel es nicht schwer, aus diesem riskanten Anschauungsunterricht über unmittelbare Profitmaximierung zu lernen.

Unter den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, von den langen Wegen zu schlechten Toiletten, über miserable Pausenunterkünfte bis hin zur Lebensgefahr für die Arbeiter an den beiden letzten noch arbeitenden SM-Hochöfen, die infolge der glänzenden Auftragslage mit überhöhter Tonnenzahl gefahren werden müssen, sei eine besonders hervorgehobene die der ununterbrochen arbeitenden Produktionsanlage total angepaßten Arbeitszeiten nach dem Schichtenrhythmus. Die normale 4-wöchentliche Arbeitszeit unterliegt folgendem Schichtenablauf:

1. Woche: Montag bis Samstag Frühschicht  
6-14 Uhr  
Sonntag 6-18 Uhr
2. Woche: Montag bis Mittwoch Spätschicht  
14-22 Uhr  
4 Tage frei
3. Woche: Montag bis Samstag Nachtschicht  
22-6 Uhr  
Sonntag 18-6 Uhr
4. Woche: 3 Tage frei  
Donnerstag bis Samstag Spätschicht  
14-22 Uhr  
Sonntag frei

u.w. Das sind 168 Stunden im Monat. Um auf die 40-Stunden-Woche zu kommen, wird in jede Frühschicht ein sogenannter

"Waschtag", eine Freischicht, eingeschoben. Klar ist, daß vor allem dieser freie Tag, wie auch der vierte Sonntag Freischichten sind, die sich für Überstundenarbeit bis zu 300 Stunden monatlich anbieten. Der Schichtenrhythmus ist ein weiterer Grund für die hohe Fluktuation. Man hält ihn nicht lange aus.

Das Klöckner Werk liegt etwa 10 Kilometer vom Zentrum Bremens entfernt im Industriehafen. Nur wenige Klöcknerarbeiter wohnen in den relativ nahe gelegenen ehemals proletarischen Vierteln Gröpelingen oder Valle. Nachdem Valle im 2. Weltkrieg fast völlig zerstört worden war, zog der größte Teil des Bremer Proletariats in die Parzellegebiete zwischen dem Bürgerpark und Oslebshausen, in denen es bis heute keine Kanalisation und Wasserzapfstellen nur an jeder zweiten Straßenecke gibt. Nur zögernd lassen sie sich von hier ausiedeln in den sogenannten sozialen Wohnungsbau von Satellitenstädten wie der "Neuen Vahr". Die Mieten sind zu hoch (bis zu DM 300 für drei Zimmer), die Wohnungen zu klein und zu isoliert voneinander. Ehemalige Kleingärtnervereine vor allem, wie "Blockland" und "Blühauf" organisieren den Widerstand. Klöcknerarbeiter, die nicht in den Satellitenstädten oder den Parzellegebieten wohnen, kommen aus Zeven, Bremerhaven oder Delmenhorst mit Anfahrtswegen bis zu zwei Stunden zur Arbeit in die Hütte. Für diese Arbeiter, (ihre genaue Zahl konnten wir nicht ermitteln, sie muß aber relativ hoch sein, denn sonst lohnte sich ein werkseigenes Transportsystem nicht) dauert der Arbeitstag bis zu 12 Stunden. Jeden zweiten bzw. dritten Sonntag verlängert er sich, da sonntags nur 12-stündige Schichten gefahren werden, bis zu 16 Stunden.

Die Frauen der meisten Klöcknerarbeiter verdienen mit. Sie arbeiten bei Nordmende, Siemens oder als Putzfrauen. Am Abend des ersten Streiktages zogen sie zusammen mit ihren Männern vor das Werkstor. Sie demonstrierten damit jene schon klassenmäßige proletarische Solidarität, der sich die Werkleitung, die versprochen hatte, eine Erklärung zu den Forderungen der Arbeiter abzugeben, nicht mehr zu stellen wagte.

Der Streik wurde initiiert und getragen hauptsächlich von älteren Arbeitern, die verheiratet sind und den Betrieb nicht mehr ohne weiteres verlassen können. Die Angestellten zögerten anfangs, sich dem Streik anzuschließen, obwohl die Lohnforderungen der Arbeiter Erhöhung auch ihrer Gehälter bedeuteten. Während des Streiks haben sie die Arbeiter nur mäßig unterstützt. Zwar bildeten sie vereinzelt mit den Arbeitern Streikposten, in der großen Mehrheit jedoch verhielten sie sich passiv, ohne Eigeninitiative, oder opportunistisch.

Lehrlinge und jüngere Jungarbeiter, die größtenteils von sich selbst behaupten, sie sympathisierten mit der Linken und mit Sicherheit an den Bremer Apo-Aktionen teilgenommen haben, wirkten ebenfalls weder initiiierend noch organisierend. Die 250-300 ausländischen Arbeiter (vor allem Türken), die in der völlig unterbezahlten Verpackung mit Zweijahresverträgen arbeiten, und die ebenfalls dort beschäftigten Frauen unter den Klöcknerarbeitern haben aktiv mitgestreikt. Beide Parteien sind niemals Ursache von Spannungen in der Klöcknerarbeiterschaft gewesen.

3. Die Entlohnung der Klöcknerarbeiter ist miserabel. Die Löhne liegen sowohl weit unter denen der Stahlindustrie im Ruhrgebiet als auch unter denen der übrigen Bremer Industrie. Der Ecklohn liegt bei einer Lohngruppenskala von 10-2 bei der Lohngruppe 7 und beträgt zur Zeit ca. 3,50 DM.

Der während der Rezession eingeleitete Lohnabbau in der Stahlindustrie traf die Klöcknerarbeiter auf zweierlei Weise: einmal über den von der Gewerkschaft eher geförderten als verhinderten Mechanismus kapitalistischer Rationalisierung, zum anderen in Form von Kürzungen aller vom Kapital in Zeiten der Hochkonjunktur zugestandenen, tariflich nicht gesicherten Extras zum normalen Lohn. Während die Klöcknerarbeiter von der Lohnkürzung durch Rationalisierung ungleichmäßig betroffen waren, machte sich der Schwund der 1964 zugestandenen 30-Pfennig-Zulage pro verdiente Mark auf traurige 11 1/2 Pfennige 1967 im Geldbeutel jedes einzelnen Klöcknerarbeiters unverschleiert und einheitlich bemerkbar.

Von dem grandiosen Boom in der Stahlindustrie 1968/69, an dem sich Klöckner dumm und dämlich verdiente, handelten sich die Arbeiter ausschließlich Überstunden ein und deren beschissenen Gegenwert. Statt 180 Stunden wurden bis zu 200 Stunden im Monat gefahren. Die Ausbeutung war kaum noch zu steigern.

Die Sammlung der Arbeiter zum Kampf gegen die unerträglich gewordene Ausbeutung konzentrierte sich inhaltlich von vornherein auf zwei Lösungen: "30 Pfennig für jede Mark" und "gleiche Löhne". Die erste Lösung enthielt das die Solidarisierung auslösende Moment, da der Abbau der 30 Pfennig keinen Klöcknerarbeiter ungeschoren gelassen hätte. Die zweite Lösung konnte den solidarischen Kampf weitertreiben und schließlich erfolgreich auf eine neue Stufe heben, indem sie die gewerkschaftliche abge-sicherte Lohnhierarchie durchbricht, durchkreuzt sie direkt die das Proletariat spaltende Strategie des Kapitals. Monate vor Beginn des Streiks formierte sich der Kampf in sporadischen Überstundenverweigerungen einzelner Abteilungen (die Klöcknerarbeiter knüpften damit an eine Kampfform an, die in einer Reihe von Bremer Elektrobetrieben zu Anfang des Jahres mit exemplarischem Erfolg praktiziert worden war). Aber der Kampf gegen die miese Lohnsituation in Form der Überstundenverweigerung führte zwangsläufig zu einer weiteren Verschärfung der materiellen Lage (der stark geschrumpfte Lohn garantierte kaum mehr das Existenzminimum). Erst der einmal beschlossene und begonnene Kampf konnte das wahre Ausmaß der materiellen Notlage zutage fördern, seine Notwendigkeit zunehmend klarer und eindeutiger im Bewußtsein der Arbeiter festigen, sich dialektisch zur materiellen Notlage bis hin zum Streik radikalisieren.

Der 2 1/2 Monate vor Beginn des Streiks von der Belegschaft über die 2. Liste erkämpfte Betriebsrat unterstützte die Überstundenverweigerung, soweit das BVG dies zuließ. Er schrieb nur noch die für die Instandhaltung der Produktionsanlagen erforderlichen Überstunden aus. Von seinem Amtsantritt bis zum Streik konkretisierte er nur die erste noch gewerkschaftliche Forderung der Arbeiter: Wiederaufstockung der innerbetrieblichen Zulage auf 30 Pfennig pro verdiente Mark, d. h. für die Ecklohngruppe 7 eine Erhöhung von 70 Pfennigen. Aber schon am ersten Streiktag faßten die Arbeiter ihre ursprünglichen Lösungen in einer Konktion zusammen, die die des Betriebsrats überholte. Sie forderten eine Lohnerhöhung von absoluten 50 Pfennigen für alle Arbeiter.

Im Gegensatz zum Betriebsrat unterstützte der von SPD und Gewerkschaft eingesetzte Vertrauensleutkörper den Streik nicht. "DENKT AN HOESCH"

Der Streik, der auf die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet "spontan" durch einen 2-stündigen Warnstreik der Nachtschicht vom Donnerstag eingeleitet wurde, war nach Aussagen von Klöcknerarbeitern

schon so weit vorbereitet, daß er auch ohne die Initialzündung "Hoesch" 4-6 Wochen später mit Sicherheit durchgeführt worden wäre.

Freitag, neun Uhr: die Arbeiter im Kaltwalzwerk frühstücken und frühstücken. Die Frühstückspause endet mit der Bildung eines Streiktrupps, der vom Kaltwalzwerk zum Verwaltungsgebäude zieht, dort die 50 Pfennig fordert und anschließend durch sämtliche Werke marschiert und zum Streik aufruft. In direkter Konfrontation mit einer streikenden Belegschaft zeigt sich die Unternehmensleitung bereit sofort 20 Pfennig, kurz darauf 30 Pfennig Lohnerhöhung auf den Ecklohn zuzugestehen. Die Streikenden lehnen ab.

Um 13 Uhr kommt die Werksleitung mit Vertretern des Arbeitgeberverbands zu einer Beratung der Lage zusammen, Ergebnis dieser Sitzung ist, mit der Gewerkschaft in Verbindung zu treten und sie aufzufordern, um den Preis vorgezogener Tarifverhandlungen ihre Rolle als Ordnungsfaktor wieder wahrzunehmen.

Setzt das Kapital in Zeiten des "Betriebsfriedens" alles daran, die Macht der Gewerkschaften einzuschränken, indem es versucht, die Tariflöhne möglichst niedrig zu halten und mit betrieblichen Vertretern der Arbeiter über jederzeit kündbare Sonderregelungen die eigentlichen Lohnerhöhungen auszuhandeln, so scheut es andererseits in Zeiten von Arbeitskämpfen kein Mittel, die Autorität der Gewerkschaften wieder herzustellen. Die Gewerkschaften bleiben so Spielbälle der Kräfte, die den Grundwiderspruch entfalten.

Noch in derselben Nacht wurde die Tarifkommission in Gelsenkirchen einberufen.

Samstag früh um 2 Uhr liegt als Ergebnis dieser "Koalitions-gespräche" ein 40 Pfennig - Angebot der Direktion vor; von diesen 40 Pfennig auf den Ecklohn hätten 10 auf jeden Fall, 30 im Falle einer mehr als 8%igen Erhöhung auf die Ergebnisse der kommenden Tarifverhandlungen angerechnet werden sollen. Da aber von der IG Metall zu diesem Zeitpunkt bereits eine 14%ige Erhöhung gefordert wurde, war völlig klar, daß diese 40 Pfennig bluffen sollten. Sie wären in ihrer Gänze unter den Tisch gefallen. Die Arbeiter hätten für nichts gestreikt. Auch dieses Angebot wurde ausgeschlagen. Bis Mittwoch erfolgte kein weiteres Angebot.

In der Zwischenzeit inszeniert die Werksleitung eine Hetzkampagne gegen die Klöcknerarbeiter in der liberalen Öffentlichkeit. Im Zentrum steht das sogenannte Mischerproblem. Der fast leere Mischer war noch am Freitagnachmittag auf massiven Druck der Werksleitung mit dem flüssigen Rohstahl aus den stillgelegten Hochofen vollgekippt worden. Das war offene Provokation der streikenden Arbeiter. Sie weigerten sich, den vollen Mischer, der zu einem Stahldenkmal einzufrieren drohte, wieder zu entleeren (da dies einer Wiederaufnahme der Produktion gleichgekommen wäre). Die Werksleitung verleumdete das als frühkapitalistische Maschinenstürmerei und versuchte so, die Kampfkraft der Arbeiter zu paralisieren.

Die Gewerkschaften mochten nicht zurückstehen. Sie verbreiteten unter den Arbeitern des Klöcknerstahlwerks und der Georgs-Marienhütte Osnabrück die infame Lüge, die Bremer Arbeiter zerstörten Produktionsanlagen und hätten einen Lokführer erschlagen. Sie seien gelenkt durch betriebsfremde Gruppen.

Zu erklären ist der brutale Charakter solcher Diffamierungen aus der tiefstehenden Furcht der Reaktion vor dem radikalisierenden Einfluß, den die Klöcknerarbeiter bei Arbeitskämpfen traditionellerweise auf die Arbeiterschaft ganz Norddeutschlands ausübten.

Mittwoch morgen offerierte Betriebsleitung erneut ihr 20-Pfennig-Angebot vom Freitag. Die Arbeiter lehnen wiederum ab.

Diesmal per Abstimmung auf einer um 14 Uhr am Werkstor stattfindenden Belegschaftsversammlung. Mehr als tausend Arbeiter erklären einmütig, den Streik fortzusetzen. Zum erstenmal treten Sprecher aus der Belegschaft hervor. Darunter ein Türke. Die Stimmung ist begeistert. Sprechchöre werden gebildet. Die Kampfbereitschaft ist ihrem Inhalt nach eindeutig antikapitalistisch. Betriebsrat Florian an die Versammelten: "Das Gesetz verbietet mir, Euch zu danken".

An diesem Mittwoch sind die Fronten klar. Der Kampf ist eindeutig geworden. Weder den Kapitalisten noch den Arbeitern geht es mehr ums Geld. Tendenz ist die Machtfrage gestellt. Wer wen? Für die Arbeiter heißt das, wie kann ihr Kampf gegen die Kapitalisten eine neue offensive Stufe gewinnen? Entlang welcher Strategie?

Der im antigewerkschaftlichen Kampf geschaffene Betriebsrat, diese uneinheitliche, verstoßene, von der Kraft der Massen in jeder Phase des Streiks neu überraschte "Führung", findet sich Mittwoch vor eine Alternative gestellt, die sich ihm verschließt. Weder ist er der organisierte Kader, der die entschlossenen Massen organisierend im Kampf gegen die herrschende Klasse antreten kann, noch kann er zurück in den Lakaienstatus des Vermittlers zwischen den Unternehmern und Arbeitern, die sich den Kampf angesagt haben. Wo Entscheidungen getroffen werden müssen, aber nicht getroffen werden können, blüht naturwüchsiger Opportunismus.

Die Handlungsunfähigkeit des Betriebsrats gebiert ein vielschichtiges Überlegen über die vermeintlich von ihnen versäumte "rechtzeitige Umfunktionierung" des Streiks und wie "man" hätte dieses oder jenes verhindern können. Nicht wie man, die eigene Einstellung zu den Massen korrigierend, sie in einen siegreichen Kampf hätte führen können, wurde analysiert, sondern imaginäre Zeitpunkte wurden beschworen, zu denen man die sich radikalierenden Arbeiter hätte bremsen sollen, selbstverständlich in deren weitestem "Interesse". Denn den Arbeitern war, der Auffassung von Teilen des Betriebsrats zufolge, nicht klar, daß sie einen Zweifrontenkampf führten, gegen die Unternehmer und gegen die Gewerkschaften, und daß sie unterliegen mußten, wenn sie sich nicht auf eine der Fronten konzentrierten. Man hätte zum rechten Zeitpunkt alle Kräfte auf den Kampf gegen die Gewerkschaften, den angeschlageneren Gegner vereinen müssen, indem man die Forderungen der IG-Metall nach Vorverlegung der Tarifverhandlungen und nach 14 %iger Lohnerhöhung zu Forderungen des wilden Streiks gemacht hätte. Der Gewerkschaft wäre dadurch (angeblich) der Wind aus den Segeln genommen worden. Diese imaginäre Strategie "post festum" baute auf dem ebenso imaginären Hang der Arbeiter zum Ökonomismus. Bei aller Radikalität ginge es den Arbeitern ja nur ums Geld, egal von wem. Nach Meinung von Teilen des Betriebsrats wären die Arbeiter todsicher auf den Trick der Gewerkschaften hereingefallen, deren Forderung von ca. 58 Pfennigen (=14 %ige Erhöhung) für Lohngruppe 7 mit ihrer eigenen Forderung nach 50 Pfennig auf jede Lohngruppe gleichzusetzen. Da wäre es schon besser gewesen, die Arbeiter hätten bewußt von sich aus diese Gleichsetzung vollzogen. Abgesehen von der opportunistischen Überschätzung der "Macht" der Gewerkschaften zum Zeitpunkt der Streikwelle, steckt in dieser Argumentation vor allem eine ungeheuerliche Unterschätzung, ja Mißachtung der politischen Kraft der sich formie-

renden Arbeiter. Der Betriebsrat hatte den klassenbildenden Sinn der 50 Pfennig-Forderung offensichtlich nicht verstanden. Er hatte, irreguliert durch die Rolle, die er selber in der vergangenen Phase des Kampfes gespielt hatte, nicht begriffen, daß mit dem Sieg der Liste über antigewerkschaftliche Kampf der Arbeiter sich zu einem offen antikapitalistischen entwickelt hatte.

Donnerstag. Der naturwüchsige Opportunismus des Betriebsrats, der hauptsächlich aus seiner objektiven Entscheidungsfähigkeit resultierte, zeigte sich aber nicht nur in der post festum entwickelten "Strategie der verpaßten Gelegenheiten" und ihrer falschen Grundthese. Er wurde schließlich auf den Belegschaftsversammlungen am Donnerstag zur Quelle totaler Widerstandslosigkeit gegenüber den infamen Taktiken des Kapitals. Auch die Abwiegungsmanöver nahnten sich aus ihm, ohne direkt zum Streikabbruch aufrufen zu müssen, sollten sie doch eindeutig Abbruchwilligkeit bei der Arbeiterschaft erzeugen.

Die Werksleitung hatte am Morgen, zu einem Zeitpunkt, zu dem wenige Arbeiter auf dem Werksgelände sind, zu einer Belegschaftsversammlung aufgerufen, zu der sie überdies die Angestellten eigens per Post eingeladen hatte. Auf dieser "Belegschaftsbasis" inszenierte sie, getarnt als Abstimmung über das Schicksal des Mischers, eine Abstimmung über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks. Der Mischer sollte jetzt auf seine Verwendungsfähigkeit überprüft werden, was eine wenn auch allmähliche so doch sichere Wiederaufnahme der Produktion zur Folge haben mußte.

Dank der Unentschlossenheit, Uniformiertheit und partiell offenen Arbeiterfeindlichkeit eines größeren Teils der Angestellten, die in der absoluten Mehrheit waren, ergab die Abstimmung keine eindeutige Ablehnung der Wiederaufnahme der Arbeit am Mischer.

Dieses Abstimmungsergebnis wirkte sich, wie geplant, paralyisierend und demoralisierend aus auf die 1.500 Arbeiter in der Nachmittagsversammlung. Der Betriebsrat hatte sie einberufen unter dem Motto: "Die Belegschaft ist guten Willens, sie möchte auch lieber arbeiten als streiken. Aber auch der Konzern muß uns entgegenkommen."

Diffamierungen des Betriebsrats taten ein übriges. Auf die Feststellung eines klassenbewußten Arbeiters, es sei lächerlich, jetzt für 20 Pfennig wieder an die Arbeit zu gehen, antwortete Müller, man wolle es hier nicht mit Goebbels und seiner Parole "wollt ihr den totalen Krieg" halten.

Freitag wurde schließlich über den Zeitraum von drei Schichten hinweg über Annahme oder Ablehnung des letzten Angebots der Geschäftsleitung (20 Pfennig auf den Ecklohn bei Nichtanrechnung der Streikschaften) abgestimmt. Nur 54 % der Belegschaft nahmen an dieser Abstimmung teil. Für die Annahme stimmten 1.415, für die Fortsetzung des Streiks 1.105. Das bedeutete sofortige Arbeitsaufnahme.

Die Enttäuerung unter den Arbeitern ist sehr groß. Es wird wieder gerechnet. Manche kommen zu dem Ergebnis, daß man 7 Monate arbeiten muß, bis sich die Lohnerhöhung bemerkbar macht.

#### 4. ZUR ORGANISATION DES STREIKS

In der ersten Konfrontation mit der Unternehmensleitung, die versucht hatte, über einen von ihr organisierten, personell weit überbesetzten Notdienst die Produktion weiter laufen zu lassen, bildeten die bewußtesten Arbeiter, Facharbeiter, teilweise so-

Schluß des Klöckner-Berichts:

gar Meister einen eigenen NOTDIENST, der mit drei Aufgaben betraut war:

1. Die Wiederaufnahme der Produktion durch eventuelle Streikbrecher zu verhindern,
2. Die Produktionsanlagen zu warten und abzuwehren.
3. Sabotageakte durch eingeschleuste Provokateure ~~zu verhindern~~ abzuwehren. Hierzu gehörte auch die Überwachung des Werkschutzes, der zur Hälfte aus Spitzeln besteht; der Notdienst war zugleich potentielle Streikleitung.

Die STREIKPOSTEN waren nicht zentral organisiert. Einander bekannte Gruppen von Arbeitern lösten sich gegenseitig ab. Die Werkstore wurden auf diese Weise permanent von durchschnittl. 500 Arbeitern bewacht. Jeder, der ins Werk wollte, mußte eine dreifache Kontrolle passieren. Für den Notdienst hatten die Streikposten ein System täglich andersfarbiger Karten entwickelt, um das Eindringen von Provokateuren abzuwehren.

Immer wieder neu bildeten sich im Verlauf des Streiks Gruppen, die am Aufbau eines Informationsnetzes arbeiteten. Die kursierenden Flugblätter enthielten ausschließlich Informationen organisatorischer Art, mit Ausnahme eines Flugzettels, mit Streikinformationen für die Arbeiter der anderen Bremer Betriebe.

Das Prinzip der dialektischen Beziehung zwischen Führung und Masse wurde in der Geschichte der Arbeiterbewegung und wird auch heute noch von kommunistischen Parteien wiederholt verletzt. Daraus resultiert das berechtigte Mißtrauen der Arbeiter gegen kommunistische Parteien, wie es sich in der Reaktion der Klöckner-Arbeiter auf Einmischungsversuche der DKP zeigt. Dieses Mißtrauen ist nur dann gegen Resignation gefeit, wenn durch Arbeitskämpfe und politische Schulung der Masse der Arbeiter klar wird, daß die Kader im Kampf nur dadurch Kader sein können, und der Kampf nur dadurch in aufsteigender Linie bis zur Revolution verläuft, wenn diese Kader nicht ausschließlich im Betrieb verankert sind, sondern auch in einer kommunistischen Partei, deren oberstes Prinzip "Von den Massen lernen, in die Massen tragen, aus den Massen schöpfen" ist.

---

#### CHRONOLOGISCHE SCHILDERUNG DES STREIKS BEI HOWALDT KIEL

Genossen vom Kieler SDS und ASTA arbeiten z. zt. - in Verbindung mit Kollegen des Howaldt-Werkes Kiel - an einer politischen Analyse der Klassenauseinandersetzungen im Streik der Arbeiter bei Howaldt.

9. 9. 1969: Die Lohnauseinandersetzungen im Howaldtwerk Kiel begann damit, daß im Werke Gaarden eine kleine Gruppe von Arbeitern während der Mittagspause des 9.9. für Streik agitierte. (Die DKP hatte seit geraumer Zeit - 2 Monaten - eine Kampagne um die 38 Pf. geführt, so daß der Streik in gewissem Maße schon vorbereitet war. Dementsprechend befand sich auch innerhalb der ersten Wortführergruppe einer der DKP-Genossen)

Nach dieser Pause versammelten sich 2000 Kollegen vor dem Verwaltungsgebäude; die Vertrauensleute kamen zur selben Zeit unter der Helling zusammen und beschlossen den Streik. Die Hauptforderung der Streikenden war Angleichung des Tariflohnes an den ihrer Hamburger Kollegen, d. h. Anhebung um 38 Pf. Der Vorstand verwies demgegenüber auf die geltenden Tarifabschlüsse. Um 16 Uhr schloß sich die neue Schicht, weitere 2000 Arbeiter, dem Streik an.

10. 9.: Am Mittwoch weitete sich der Streik von Gaarden auf Dietrichsdorf aus, jetzt streikten 7000 Werftarbeiter. In der Frühe wurde ein Streikkomitee gebildet, dem nur ein DKP-Mitglied angehörte. Der Vorstand wies es zurück, mit dem Streikrat zu verhandeln, tat aber gleichzeitig in Verhandlungen mit dem Betriebsrat ein und lehnte die Forderung auf Angleichung der Löhne und Bezahlung der Streiktage ab. Dabei verwies er auf die kommende Sitzung von IG-Metall und Arbeitgeberverband. Während der Verhandlung wiegelte der Betriebsratsvorsitzende Böhm ab und stellte in Aussicht, daß die Arbeit ab Donnerstag, dem 11. 9., wieder aufgenommen würde. Außer den Ingenieuren und Meistern, die einen schwedischen Schiffneubau zu Wasser ließen, arbeitete niemand.

Wir (vom Kieler SDS) überlegten, ob wir in irgendeiner Weise in den Streik eingreifen könnten und kamen zu dem Ergebnis - in Übereinstimmung mit unseren früheren Ansichten, daß wir

ausgesetzt werden dürfen. 500 Mitglieder des Gaardener Betriebes forderten eine öffentliche Abstimmung, aber sie kamen damit nicht durch.

17.9.: Mit 3781 gegen 1111 Stimmen lehnte die Belggschaft das Angebot der Werfleitung ab. In einen Brief wandten sich die Streikenden an den Kieler Oberbürgermeister Bantzer, sich für ihre Forderungen bei der Direktion einzusetzen. Zugleich wurde Kiels Bevölkerung um Unterstützung der Streikenden gebeten. Arbeitgeberverband und IGM traten zu getrennten Sitzungen zusammen. Nach wie vor forderten die Streikenden Anhebung auf dds Hamburger Lohnniveau, Zahlung der Streiktage und keine Repressalien gegen ihre Sprecher.

18. 9.: Am Donnerstag wandte sich der gewählte Streikrat an den ASTA der Universität und bat ihn um Hilfe bei der Herstellung von Flugblättern, mit denen sich die Streikenden an die Kieler Bevölkerung wenden wollten. Der ASTA entsprach der Bitte infolge seiner Solidaritätserklärung vom Mittwoch voriger Woche und entwarf, druckte und verteilte in enger Zusammenarbeit mit dem Streikrat in kürzester Zeit 40 000 Flugblätter, in denen zur Beteiligung an der für Freitag, dem 19. 9. vorgesehenen Demonstration und Kundgebung auf dem Rathausplatz aufgerufen wurde.

19.9.: Zehn Tage nach Beginn des Streikes im Werk Gaarden zeigte sich keine Schwäche in der Streikfront ab. Mit aller Entschiedenheit wurden die alten Forderungen erhoben, als sich am Morgen 5000 Arbeiter mit Frauen und Kindern zu einem Protestmarsch durch die Stadt zum Rathausmarkt formierten. Plakate und Sprechchöre forderten: "Auf zum Rathausplatz, weil uns jetzt der Kragen platzt", "Sechs Pfennig ist kein Angebot, gleiche Arbeit, gleiches Brot", "Einigkeit ist unsere Stärke, wir fordern Angleichung an die Hamburger Werke", "Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will". Auf dem Rathausplatz, wo sich tausende von Arbeitern, Studenten und andere Teile der Bevölkerung versammelt hatten, sprachen Bantzer, Schlüter, Pastor Pries und der ASTA-Sprecher Ritterhoff. Mit großem Beifall wurde die Mitarbeit des ASTA aufgegeben. Am Nachmittag aber einigten sich Werft-Vorstand, BR und IGM auf folgendes Ergebnis: 8 Pf. p/n ab 1.9.1969, 4 Pf. p/n ab 1.1.70 (Beide akkordfähig), Vergütung von 32 Stunden Grundlohn plus 10%, in Härtefällen werden individuelle Überbrückungsmaßnahmen gewährt, individuell bezogene Regelung für die Tarifangestellten ab 1. 9. 69, die Abmeldung bei der AOK ist gegenstandslos, keine Maßregelung der am Streik Beteiligten. Die anschließende Abstimmung der Vertrauensleute hatte folgendes Ergebnis: 127 ja, 5 nein.

Der spontan gewählte Streikrat stand nun vor der Entscheidung, gegen den Vertrauensleute-Beschluß und für Weiterführung des Streiks zu agitieren oder aber sich diesem Beschluß anzuschließen. In anbetracht der schon erheblichen materiellen Opfer der Arbeiter kam der Streikrat während einer Diskussion am Sonnabend im ASTA einstimmig dazu, für Streikabbruch zu plädieren. Das Problem für den Streikrat bestand jetzt darin, diesen Entschluß so zu vermitteln, daß er, der Streikrat, nicht als Abwiegler empfunden würde und damit Resignation unter den Arbeitern erzeugt hätte. Es ging darum, eine plausible Antwort auf die Frage zu finden: "Wieso hat es bei den anderen Betrieben mit geringerem Streikeinsatz schneller vollen Erfolg gebracht und bei uns trotz längeren Streiks nur einen Teilerfolg?" Hier kamen die Mitglieder des Streikrates schnell auf zwei wichtige Unterschiede zwischen Howaldt und den anderen Betrieben. Erstens: Howaldt ist zu 50% in der Hand des Bundes (d. h. längeres finanzielles Durchstehvermögen). Zweitens: Der Arbeitgeberverband befürchtet zu Recht eine Ausweitung des spontanen Streiks im Schleswig-Holsteinischen Tarifgebiet, wenn bei Howaldt ein voller Erfolg erzielt würde. Der Streikrat beschränkte sich jedoch in seinem Flugblatt am Montag lediglich auf personelle Kritik des Betriebsrates und des Vertrauensleutekorpers. Er war nicht bereit, diese realistische Einschätzung des BR zu bringen, zu der er selbst gekommen war. Als Argument für dieses Verhalten, wurde die Angst vor einer Fortsetzung des Streiks gebracht, bei dem letzten Endes die materiellen Opfer der einzelnen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Streikerfolg mehr stünden. Vom ASTA aus argumentierten wir dagegen: Gerade der Abdruck der realistischen Einschätzung des BR bewahrt den einzelnen Arbeiter vor der Resignation und zeigt ihm, daß mit einer Fortsetzung dieses "artigen" Streiks nichts weiter zu erreichen sei. Der größere Teil der Streikratsmitglieder war jedoch nicht bereit, diese Argumentationsweise zu übernehmen. Wir einigten uns aber darauf, daß der ASTA diese in der Streikratsmitteilung unterstrichenen Punkte in einem eigenen Flugblatt bringt und ebenfalls Montag früh verteilt.

Somit war der Streik an den Kieler Howaldts-Werken beendet, davon den Arbeitern am Montag nicht mehr abgestimmt werden sollte. Durch Briefe der IGM und Aufrufe in den Kieler Nachrichten wurden die Arbeiter aufgefordert, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Am Montag, den 22. 9. 1969, war dieser Arbeitskampf beendet. In Gesprächen mit Howaldts-Arbeitern war herauszuhören, daß ihnen der Streik, der mit so vielen Entbehrungen durchgeführt, das Gefühl gegeben hat, doch durch Arbeitskampf etwas erreichen zu können, auch ohne die Gewerkschaften! Für die Studenten zeigte sich, daß die Vorurteile ihnen gegenüber alleine durch tatkräftige Unterstützung der kämpfenden Arbeiter abgebaut werden können.

In der darauffolgenden Woche wurden klammheimlich zwei Arbeiter entlassen. Nachdem der erste Arbeiter endlich seine Entlassung im ASTA gemeldet hatte, mußte der Streikrat noch einmal zusammengerufen werden. Am Wochenende wurden Flugblätter gedruckt, die montagmorgen vor den wichtigsten Betrieben Kiels verteilt wurden.

## FLUGBLATT 1

=====

### WERDEN JETZT DOCH DIE STREIKENDEN HOWALDT - ARBEITER GEFEÜERT ?

#### BEI HOWALDT FÜHRT DIE UNTERNEHMENSLEITUNG DEN ARBEITSKAMPF WEITER !

Die Kollegen von der Howaldt haben uns gebeten, Euch zu informieren. Im Vertrauen auf den Vertrag mit der Betriebsleitung haben die Kollegen von der Howaldt vor einer Woche ihre Arbeit wieder aufgenommen. Der 9-tägige Streik hatte den Howaldtern 8 Pf. sofort und 4 Pf ab 1.1.70 eingebracht. Ihnen war zugesichert worden: keine Repressalien gegen streikende Kollegen.

Schon letzten Mittwoch wurde der Vertrag von der Direktion gebrochen!  
Dazu ein Auszug aus dem Brief der Direktion an den Kranführer Max Dieck :  
"Sehr geehrter Herr Dieck !

Sie haben sich am 18.9.69 unter falschen Angaben an unserem Werktor in Kiel-Gaarden einen Passierschein zum Befahren des Werftgeländes erschlischen. Ihre Angaben, Holz zu fahren, waren falsch, denn Sie haben nach unseren Feststellungen das Fahrzeug(ki-cp 68) anderweitig benutzt. Dieses ist ein grober Verstoß gegen die Arbeitsordnung. Sie haben sich daher mit dem heutigen Tage (25.9.69) als entlassen zu betrachten."

Die Beschuldigung gegen den Kollegen Dieck ist genauso an den Haaren herbeigezogen wie falsch : Max Dieck wurde entlassen, weil er mitgestreikt hatte !

Das Vorhaben der Betriebsleitung ist deutlich :

In ihrer Absicht, weitere Arbeitskämpfe in ganz Schleswig-Holstein zu verhindern, versucht sie, die während des Streiks erstarkte Solidarität der Arbeiter zu zerstören. Der Kollege Max Dieck war nur die Probe auf die Solidarität. Leider wurde seine Entlassung erst am Freitag bekannt. Am gleichen Tag wagte sich die Betriebsleitung schon einen Schritt weiter vor. Diesmal war ein Bekannter an der Reihe : Horst Seidel, ehemaliger Betriebsrat, heute Vertrauensmann und Mitglied der SPD-Betriebsgruppe. Begründung für seine Entlassung ist ein lächerlicher Vorwand, eine Lüge, die jeden ehrlichen Menschen in Wut bringt.

Die Howaldt - Kollegen erklärten uns : "Diesen Vertragsbruch lassen wir uns nicht bieten !

Wir lassen uns nicht unsere besten Kollegen vom Unternehmer herauschießen !

Wir werden hier im Betrieb zu konkreten Maßnahmen kommen. .... (unlernerlich)...

Sagt den Kollegen aus den anderen Betrieben, daß es hier um eine gemeinsame Sache geht. Der ganze Unternehmerverband steht geschlossen gegen uns. WIR ARBEITER MÜSSEN AUCH EINIG HANDELN ! "

Kollegen: Der Streik der Howaldter hat auch für Euch Erfolge gebracht : Betriebssekretät Heinz Scholz hat schon angekündigt : "Es muß neue Tarifgespräche für ganz Schleswig-Holstein auf der Grundlage der Lösung bei Howaldt geben. "

Wollt Ihr Euch diese Aussichten durch die Repressalien der Unternehmer zerstören lassen, die sich wieder stärker fühlen ? Letztenendes habt Ihr doch genau das gleiche Los wie die Kollegen auf der Howaldt - und wie man mit ihnen umspringt, wird man es auch mit Euch tun - wenn Ihr nicht zu-

sammenhaltet und Euch gegenseitig unterstützt.

Der ASTA hatte sich bei der Kundgebung auf dem Rathausplatz bereiterklärt, den Kollegen von der Howaldt seine Maschinen und seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, und wir werden auch weiter gegen alle Widerstände und Drohungen zu diesem Versprechen stehen.

Doch der Draht zwischen Unternehmerverband und Universitätsspitze, dem Rektorat, ist wohl kürzer, als man im allgemeinen annimmt: Das Rektorat erklärte uns, daß es wegen der "Zweckentfremdeten" Benutzung der ASTA-Einrichtungen (z.B. das Drucken der bei Euch vor etwa zehn Tagen verteilten Flugblätter) verwaltungsgerichtliche Maßnahmen in Erwägung ziehe. Der ASTA und die ganze Uni - versität werden mit Steuergeldern - also Arbeitergroschen - finanziert.

Wir sind der Meinung: wenn wir unsere Einrichtungen Euch zur Verfügung stellen, den Arbeitern, die sich gegen Vertragsbrüchige Unternehmer wehren, dann gerade ist dies die zweckmäßigste Verwendung dieser Einrichtung überhaupt.

- asta der universität kiel -

Während des Tages gab es einen einstündigen Warnstreik, in dessen Verlauf die Arbeiter auf den nächsten Tag verträstet wurden. Am nächsten Tag sollten die Arbeiter ebenfalls wieder mit faden - scheinigen Argumenten hinter Licht geführt werden. Nachdem die Arbeiter jetzt zum Teil hart und drohend reagierten, wurden die Entlassungen wieder zurückgenommen.

Übrigens hat der Rektor der Universität mit der Schließung der ASTA-Räume gedroht, wenn die produktive Zusammenarbeit zwischen ASTA und Streikleitung fortgesetzt wird. Die Arbeiter haben für einen solchen Fall tatkräftige Hilfe versprochen.

FLUGBLATT 2: Unverschämter Versuch der Universitätsspitze(Rektorat), die Unterstützung der Howaldt-Arbeiter durch die Vertretung der Kieler Studenten (asta) zu sabotieren!

Am 22.9. (also einige Tage nach Eurer Versammlung auf dem Rathausplatz) erhielt der asta vom Rektorat folgenden Brief: Sehr geehrter Herr schlinke! Einer mir zugewandten Information zufolge hat der asta-Referent J. Ritterhoff anlässlich der Demonstration streikender Howaldt-Arbeiter vor dem Kieler Rathaus am 19.9. des J. erklärt, daß die Räume und Einrichtungen des asta der Christian - Albrechts-Universität den Streikenden zur Verfügung stehen. Ich bitte Sie, mir mitzuteilen, ob diese Information zutrifft. Mit vorzüglicher Hochachtung i. A. Neumann (Rechtsberater des Rektors)

Sofort nach Eintreffen dieses Briefes führten wir ein Telefongespräch mit Neumann, der uns erklärte, daß unser Verhalten rechtswidrig sei, und wir möglicherweise mit juristischen Schritten zu rechnen hätten. Auf diese unverhüllte Drohung des Rektorats antworteten wir wie folgt:

Sehr geehrter Herr Neumann! Die Information, daß der ASTA den zu Recht Streikenden, aber leider mittellosen Howaldt-Arbeitern seinen technischen Apparat sowie die Räume für ihre Streikarbeit zur Verfügung stellte, ist völlig zutreffend. In der Tat arbeiteten während der Streik - Zeit laufend Arbeiter der Werft sowie ASTA-Vertreter, unterstützt von anderen Studenten, mit den Arbeitern zusammen, um die organisatorischen und öffentlichkeitswirksamen Probleme des Streiks zu lösen. Der ASTA-Apparat wird selbstverständlich allen Arbeitern weiter zur Verfügung stehen, wenn die Situation es erfordert. Wir halten diese Maßnahme gerade im Sinne der von uns verfolgten Hochschulstrategie für konse - quent, da sich gezeigt hat, daß die Studenten mit allen fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft zu - sammenarbeiten müssen, wenn die beabsichtigten demokratischen Ziele verwirklicht werden sollen.

gez. ASTA Uni Kiel

Wenn der Rektor glaubt, mit dem lächerlichen Hinweis auf die Rechtswidrigkeit unserer Handlungen könne er unsere Unterstützung für Euch unterbinden, so ist er auf dem Holzweg. Der Rektor sollte wissen, daß wir gelernt haben, wie man solchen Repressalien begegnet: man ignoriert sie - oder schlägt gegebenenfalls zurück. Und unsere Schläge sitzen meistens verdammt gut!

ASTA

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich APOPRESS zum halbjährlichen Abonnementspreis von DM 8.00

Den Betrag überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg, M. Deter 22 9332.

NAME

ADRESSE